



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

18.03.1932 (Nr. 54)

LMZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 18. März 1932 • Nummer 54

Rundfunkhörer

zeichnet euch ein

Näheres siehe Seite 8

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domstraße 25878.

Die LMZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Ausperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 Spalten je mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengruppe RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzverpflichtungen ohne Verbindlichkeit.

Das System wird illegal

Völlige Haltlosigkeit der Severing-Aktion bereits erwiesen

Kampf um Preussen

Wie von uns vorausgesehen, steht nunmehr sofort nach dem ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl ein Generalangriff gegen unsere Bewegung ein, der geführt von Herrn Severing sich zur Aufgabe setzt, uns organisatorisch zu zerlegen und uns die Möglichkeit zu nehmen, im zweiten Wahlgang und besonders in der Preussenwahl, die Abrechnung mit dem System zu halten, die erforderlich ist. Wir haben schon in den letzten Tagen auf die ersten Vorzeichen hingewiesen, so auf den Osterburgfrieden in Verbindung mit der Vorverlegung der Preussenwahl, auf die in Erwägung gezogene Heraussetzung des Wahlalters und vor allen Dingen auf den Versuch, im letzten Augenblick die bisherige Machtstellung der preussischen Regierung bei der Reichsregierung in Sicherheit zu bringen. Hierzu erfahren wir auch noch, daß beabsichtigt ist, einen Reichsminister für Preußen einzusetzen, der von vornherein jedes Wirken einer nationalsozialistischen Regierung verhindern soll. Vorzugehen für diesen Posten ist der Reichsinnenminister Groener!

Scheinbar beabsichtigt man aber, daß diese Maßnahmen nicht genügen und so hat Severing gestern, wie bereits gemeldet, eine große Polizeiaktion gegen unsere Bewegung in Szene gesetzt, bei der es ihm zweifellos in erster Linie darauf ankam, unsere Werbestellen und unsere Mitgliederliste in die Hände zu bekommen, denn alles das, was er als tatfähiges Hochverratsverbrechen der NSDAP. hinstellt, sind so haltlose Vorwürfe, daß wir uns nicht vorstellen können, wie ein so kluger Mann wie Herr Severing es glauben kann. Der vorgetriebene Grund für die in ganz Preußen durchgeführte Polizeiaktion ist die örtliche Zusammenziehung der SA. am Wahltag, die wir so geheimnisvoll betrieben haben, daß schon am Sonntag vor der Wahl die bürgerliche Presse darauf hinweisen konnte und dabei ihrer Bescheidenheit über das maßvolle Zurückhalten der NSDAP. Ausdruck gab. Aus ist an dieser Unternehmung nichts gelegen, aber sie zeigt, wie schnell sich in Preußen die Meinungen ändern und sie zeigt zugleich, wie ungenügend die Hochverratsaktion der preussischen Regierung ist. Überdies hat die Reichsregierung dem Reichsinnenminister Groener bereits acht Tage vor der Wahl antwortend auf diesem Zusammenziehen der SA. Kenntnis gegeben, so daß man sich eigentlich wundern muß, warum jetzt Herr Severing nicht auch den Reichsinnenminister in seine Hochverratsaktion einbezieht. Er hat von den Plänen der NSDAP. gewußt und trotzdem nicht eingegriffen. Warum die oberste SA-Leitung sich zu diesem Schritt entschloß, sagt unser Führer Adolf Hitler in seiner neubestehenden Erklärung mit erschöpfender Deutlichkeit, so daß wir abschließend nur noch feststellen brauchen:

Die Aktion des Herrn Severing ist eine so unzählbare Wahlpropaganda für die NSDAP., daß wir Herrn Dr. h. c. Severing, wenn er nicht schon den Titel Dr. h. c. besitzen würde, diesen für besondere Verdienste um die deutsche Freiheitsbewegung jetzt verleihen müßten.

—att.

Adolf Hitler erklärt

München, 17. März. Die Pressestelle bei der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei teilt folgende Erklärung Adolf Hitlers zum Vorgehen des preussischen Innenministeriums mit:

„Das preussische Innenministerium hat den uns schon seit längerem bekannten Plan eines Überfalls auf die nationalsozialistische Bewegung nunmehr ausgeführt. Der nach allem Rezept aufgezogene Verhaftungs- und Beschlagnahmecomplex soll der Öffentlichkeit die Meinung suggerieren, die Nationalsozialistische Partei und ihre Organisationen beabsichtigen, ungesetzliche Maßnahmen in einem Augenblick zu ergreifen, da die legale Entwicklung ihres Schicksals bereits die Stellung der faktischen Partei Deutschlands gegeben hat. Der preussische Innenminister Dr. h. c. Severing weiß, daß die legale Wahlkreisgrenzung durch die NSDAP. nur noch eine Frage der Zeit ist. Der völlige Zerfall der SPD, des Herrn Ministers Severing ist durch die Reichspräsidentenwahl einwandfrei festgestellt.

Nun soll diese Polizeiaktion in letzter Minute eine neue Handhabung sein auf dem Wege weiterer Ungesetzlichkeiten und Verfassungsbrüche, das herrschende System noch einmal zu retten.

„Minister Severing sieht den Beweis für die von ihm der NSDAP. unterstellten geschilderten Absichten in der am Tage der Reichspräsidentenwahl erfolgten Zusammenhaltung der SA. in ihren Vereinslokalen. Er teilt dabei der erkannten Öffentlichkeit mit, daß die Erhebungen seiner wachmann Polizei ergeben hätten, daß diese Verfügung geramte Zeit vorher von der SA-Führung ausgegeben worden sei. Das haltlose, in Abrede dieser neuen preussischen Polizeiaktion ergibt sich allein schon aus folgenden Feststellungen:

1. Die NSDAP. hat noch bei jeder bisherigen Wahl am Wahlsonntag bzw. schon in der Nacht vorher ihre SA- und Vertrauensleute zusammengezogen, weil diese die gekannte Wahlkraft in der Nacht zum Wahltag und am Wahltag selbst durchzuführen haben.

2. Die nationalsozialistische Parteileitung hat insbesondere aber auch deshalb die SA- und SA-Männer an allen Wahltagen zusammengefaßt, um bei der geführten Kampagne ihrer Gegner das meiste Abschlagen einzelner auf der Straße gehender SA- und SA-Männer durch die Genossen der Partei des Herrn Ministers

Severing, des Reichsministers, der Eisenen Front und auch der ihnen weisens- und wohlverwandten Kommando zu verhindern. Durch diese Parteien sind erst in den letzten Wochen die Parteien, die ihnen einzeln waffenlos in die Hände fielen, getötet worden.

Tausende wurden verhaftet. Diese Maßnahmen der Zusammenhaltung unserer SA-Männer zu ihrem Schutz vor dem roten Unternehmertum war umso nötiger, als es bekanntlich der Polizei des Ministers Severing, sehr zum Unterschied ihrer sonstigen tatsächlichen Tätigkeit, nicht gelungen ist, auch nur einen Bruchteil dieser Verbrechen aufzuklären oder gar der Täter habhaft zu werden.

3. Von der geplanten Zusammenhaltung der SA- und SA-Männer in ihren Vereinslokalen wurde — um von mir vorausgesehenen Mängeln amtlicher und nichtamtlicher Stellen vorzugeben — in meinem Auftrage

das Reichsinnenministerium durch meinen Stabschef in Kenntnis gesetzt. Stabschef nahm teil, daß die beabsichtigte Maßnahme dem Vertreter des Reichsinnenministeriums eine Woche vorher amtlich mit. Ein Einspruch dagegen wurde nicht erhoben.

4. Die Mächtigkeit dieser Maßnahme hat sich im übrigen dadurch ergeben, daß am letzten Wahltage den sozialistischen und kommunistischen Vorständen weniger Leute als sonst zum Erscheinen und die Polizeibehörden von einem im ganzen Reich wider Erwarten ruhigen Verlauf der Wahlhandlung zu berichten wußten.

Bezüglich der anderen uns einzelne gehenden öffentlichen Behauptungen des Herrn Severing gegen die NSDAP. habe ich sofort durch meine Parteibehörden Erhebungen vornehmen lassen. In den bisher untersuchten Fällen hat sich bereits die völlige Haltlosigkeit der Severingischen Unterstellungen ergeben. Im Laufe des Freitag ist mit dem Abschluß unserer Feststellungen zu rechnen. Ich werde dann durch meinen Stabschef der Öffentlichkeit den Beweis liefern, daß es sich bei dem Vorgehen des Herrn Severing um ein Anglimmerhand handelt, das die SPD. vor der nun einmal notwendig gewordenen Abrechnung durch das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen retten soll.

„Auch diese Aktion wird ebenso in ihrem Ausgang die unabdingbare Gesetzmäßigkeit der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Handlungen erweisen wie ungesetzlich den wirtlichen Untergeordneten dieses heillosen Konstruktions anhängen. Das Wahlmanöver des Herrn Severing wird keine Partei nicht vor der kommenden Niederlage retten.“

geg.: Hitler.

Protesttelegramm der Reichstagsfraktion

München, 17. März. Die Fraktionsvorsitzenden Dr. Frick und Gregor Straßer haben folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister Groener gerichtet:

„Im Namen von 110 deutschen Reichstagsabgeordneten, hinter denen heute eine Mehrheit von 11,5 Millionen deutscher Staatsangehöriger steht, erheben wir gegen den Versuch des Sozialdemokraten Severing, der Partei illegale Pläne zu unterstellen,

zu denen das Material aus wirtlichen Hausdurchsuchungen herbeigeschafft werden soll, — — — — — (diese acht Worte wurden von uns mit Rücksicht auf die Notverordnung nicht veröffentlicht. D. Red.) allerhöchsten Protest und Brandmarken die Aktion als Wahlmanöver einer sich in ihrer Machtstellung bedroht fühlenden internationalen Partei.

Weitere Protesttelegramme

Berlin, 17. März. Der Führer der Nationalsozialistischen Fraktion im Preussischen Landtag, Rube, hat an den Reichsinnenminister folgendes Telegramm geschickt: „Preussische Landtagsfraktion der Nationalsozialisten erhebt schärfsten Einspruch gegen Wahlmanöver des preussischen Innenministers, die die Sicherheit des Stoffs gefährdet und fordert sofortiges Einschreiten gegen das marxistische Preußen.“

*

Die Standarte „Schneidemühl“ meldet.

Platzow, 17. März. Zu der Erklärung des preussischen Innenministeriums, daß beispielsweise bei der Standarte „Schneidemühl“ belästigende Dokumente gegen die NSDAP. gefunden worden seien, wird von der Standartenleitung 149 in einer längeren Gegenerklärung u. a. darauf hingewiesen, daß in der letzten Woche überhaupt keine Hausdurchsuchung stattgefunden habe, und daß während der ganzen Zeit keinerlei Beschlagnahmen erfolgt seien. Erst am Donnerstag seien allgemein gehaltenen Anordnungen befolgt worden, aber erst mehrere Stunden, nachdem die Erklärung des preussischen Innenministers der Öffentlichkeit übergeben worden sei.

Der Osterburg „friede“ verkündet

Verpflichtung der Polizeizurück für Platte und Flugblätter.

Berlin, 17. März. Ähnlich wird mitgeteilt: Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die ähnlich wie es für die Weihnachtszeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist, auch für die Osterzeit das innerpolitische Leben befriedet werden soll. In der Zeit vom Palmsonntag bis zum Weichen Sonntag, mittags 12 Uhr, dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugzetteln politischer Inhalts verboten.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete „maßlose Verhöhnung“ durch Flugblätter, die in den Häusern verteilt werden sind, noch weiterhin zu dulden. Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen vom 28. März v. J. brauchen nur solche Plakate und Flugblätter politischer Inhalts der Polizei zur vorherigen Kenntnisnahme mitgeteilt zu werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angebracht, ausgestellt, verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nunmehr ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Verteilung politischer auf alle Plakate und Flugblätter politischer Inhalts ausgedehnt ist, die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern öffentlich verbreitet werden.

NSDAP. liefert bei Groener Legalitätsdokumente ab

München, 17. März. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. gibt eine Mitteilung heraus, wonach gegenüber dem Bundesrat, die nationalsozialistische Bewegung mit illegalen Absichten zu belasten und gegenüber den von den Nationalsozialisten schon seit Monaten vorgelegenen und ihnen bekanntgewordenen Absichten des preussischen Innenministers alle maßgebenden Unterlagen der Partei schon aus anderem Anlaß ihrerseits eine Erklärung des Führers über die absolute Gefährlichkeit und Legalität der Absichten und des Vorgehens der Partei und ihrer gesamten Glieder persönlich unterzeichnet hätten. Alle diese Dokumente seien noch heute (Donnerstag) nach Berlin gelangt und würden am Freitag dem Reichsinnenminister Groener durch Hauptmann Goering überreicht werden.

Der Reichsluftwaffenpräsident Rüstow fand folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister: „Für die deutsche Landvolk erhebe ich schärfsten Einspruch gegen vorgeführten preussischen Dienststellen gegen deutschen Nationalsozialismus“.

Ferner haben Protesttelegramme an das Reichsinnenministerium gelangt die nationalsozialistischen Provinziallandtagsfraktionen von Sachsen und Rheinland sowie der Gauleiter der NSDAP. Schleswig-Holstein, Lohse, M. d. L.

Aussprache im Preussischen Landtag

Pg. Ruhe rechnet ab.

Im Preussischen Landtag ergriff in einer allgemeinen politischen Aussprache Pg. Ruhe das Wort. Er führte aus, daß die Begeisterung der Ministerpräsidenten für Hindenburg erst jüngeren Datums zu sein scheint. Die Nationalsozialisten hätten den Eindruck, daß die heutigen Wähler des Generalstabes sich nicht vor jeder Person gekniet, sondern hinter ihm Deckung genommen hätten. Aus den Preussischen Wahlen werde die jetzige Regierungskoalition als eine hoffnungslose Minderheit hervorgehoben. Dem Durchdringen der Hindenburg-Propaganda gegenüber, die die Staatsgestaltung der nächsten Epoche bestimmen werde. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten). In dem Augenblick, in dem die Nationalsozialisten zur Macht kommen, würden die Regierung übernehmen und wer mit dem Bürgerkrieg spiele, werde in die Erde gesteckt werden. Der Nationalsozialismus werde beweisen, daß man ein Volk regieren könne, ohne es an den Rand des Abgrunds zu bringen.

Die römische „Tribuna“ schreibt:

„Die Gegenüberstellung von Hitler und Hindenburg war ganz zu Ungunsten Hitlers; aber gerade deswegen bewies die Zahl der von Hitler erreichten Stimmen eine tiefe, entscheidende und unabweisende Kampfkraft. In ihr ist das Gewissen und der Wille einer Partei zur Geltung gekommen, die sich auch außerhalb der Koalition der Reichsparteien durchsetzen vermag. Abschließend kann man sagen:

Die Sozialdemokratie ist völlig untergegangen in dem zweideutigen Spiel, in dem auch die Figur Hindenburg schwimmt; und der klare Willig der Partei Hitlers ist erfolgt in einem Kampf, in dem von der Persönlichkeit des Reichspräsidenten zur Verhinderung der Gruppen der Rechten und der Natur des Wahlkampfes selbst, der eher ein Kampf der Parteien als der Parteien war, alles zu Ungunsten der Nationalsozialisten war. Die für Hindenburg abgegebenen Stimmen sind ein lauter Schrei; die für Hitler abgegebenen Stimmen von Stimmen dagegen sind Truppen in Weiß und Gelb.“

Weshalb urteilt der „Labor Fascista“: „Die bürgerlichen Parteien und das katholische Zentrum in einem Topf mit der Sozialdemokratie: Das ist eine unglückliche Sprachver-

Haussuchungen bei Nationalsozialisten überall

Halle, 17. März. Im Braunes Haus der NSDAP. Gau Halle-Merfeld, erschienen heute vormittag überaus viele 10 Kriminalbeamte, die eine eingehende Hausdurchsuchung vornahmen. Gleichzeitig fanden Hausdurchsuchungen statt in den Privatwohnungen des Gauleiters sowie sämtlicher nationalsozialistischer Führer vom Sturmbannführer abwärts.

Halle, 17. März. Entgegenüber der für ganz Preußen angeordneten Maßnahmen gegen die NSDAP. begannen am Donnerstag vormittag die politischen Hausdurchsuchungen gegen die Geschäftsstellen der NSDAP. Die Aktion, über deren Ergebnis die Polizei keine Mitteilung herausgibt, war um die Mittagsstunde beendet.

Berlin, 17. März. Auch in Berlin fand am Donnerstag bei der Gauleitung der NSDAP. eine eingehende Hausdurchsuchung statt.

Breslau, 17. März. Bei der Geschäftsstelle der NSDAP. in Breslau und bei einzelnen Führern der Nationalsozialisten fanden am Donnerstag vormittag auf Anweisung des preussischen Innenministers Hausdurchsuchungen durch die Polizei statt. Die Polizei verweigert bisher jede Auskunft über den Grund und das Ergebnis der Hausdurchsuchungen.

Hamburg, 17. März. Die Hamburger Geschäftsstelle der NSDAP. wurde am Donnerstag vormittag kurz vor 11 Uhr durch sechs Beamte der Staatspolizei und ein Ueberfallkommando besetzt. Durchsucht wurden die Geschäftsstellen der SA. und der SS.

Altona, 17. März. Wie die Gauleitung der NSDAP. Altona mitteilt, sind am Donnerstag morgen auch in Altona die Geschäftsstellen der SA. und SS. politisch durchsucht worden. Irigendwelche Beschlagnahmen seien jedoch nicht erfolgt. Dagegen wurde bei der Ortsgruppe der SA. in Glashütte das gesamte Altonamaterial beschlagnahmt.

Hannover, 17. März. Die durch den preussischen Innenminister für den heutigen Donnerstag für ganz Preußen angeordneten Hausdurchsuchungen in allen Geschäftsstellen der NSDAP. wurden in Stadt und Provinz Hannover ebenfalls zur Durchführung gebracht.

Aus Göttingen wird gemeldet, daß die Hausdurchsuchung in der dortigen Geschäftsstelle heute erfolgte.

Kassel, 17. März. Auch in Kassel fand bei

der Gauleitung der NSDAP. eine eingehende Hausdurchsuchung statt.

Kiel, 17. März. In Kiel fand heute bei der Gauleitung der NSDAP. eine Hausdurchsuchung statt.

Die NSDAP. zu den Hausdurchsuchungen.

München, 17. März. Von der Pressestelle der NSDAP. wird parteiamtlich mitgeteilt:

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erklärt, daß sie alle nur möglichen rechtlichen Maßnahmen, sowie die Verwaltungs- und Verfassungsorgane ergreifen wird, um dem unerhörten Vorgehen des preussischen Innenministers entgegenzutreten, das geeignet ist, die von der NSDAP. in vorbildlicher Weise gehaltene Ruhe und Ordnung zu gefährden und fälschliche Ansehensbestimmung in der Öffentlichkeit herbeizuführen, wo sie ohne die Maßnahmen der preussischen Polizei nicht vorhanden ist.“

Berlin, 17. März. Zu den Polizeimaßnahmen gegen die NSDAP. in Groß-Berlin erklärt das Berliner Pressamt der Partei u. a.:

„Die Berliner Polizei hat am Donnerstag morgen mit Hausdurchsuchungen und anschließenden Beschlagnahmen größten Stils gegen die NSDAP. eingegriffen. Ohne einen Grund für ihr Vorgehen anzugeben, durchsuchte und beschlagnahmte sie größtenteils bei allen Parteistellen in Groß-Berlin von der Gauleitung bis zu einzelnen Sektionsführungen sämtliche Archive und Akten. In den meisten Fällen wurde die gesamte Schriftführung bis zum letzten beschriebenen Blatt zum Polizeipräsidium gebracht und damit jegliche Arbeit der Geschäftsstellen unmöglich gemacht. Der stellvertretende Gauleiter Dr. Meinhofen setzte sofort mit dem Berliner Polizeipräsidenten Gröschel persönlich ins Benehmen, um sich über das gleichzeitige Vorgehen der Polizeiorgane zu informieren. Polizeipräsident Gröschel antwortete die Angabe der Gründe der Aktion und stellte lediglich Beschwerde beim preussischen Minister des Innern anheim.“

Auch im Reichsinnenministerium wurde von nationalsozialistischer Seite sofort schärfster Protest gegen das verfassungswidrige Verhalten der Berliner Polizei eingelegt und das sofortige Eingreifen des Ministers Groener gefordert.“

wirkung. In dieser Mischung, die von der Furcht diktiert wurde, hat die Sozialdemokratie die tragische Figur gespielt, denn sie mußte sich unter das verhasste Dach der bürgerlichen Parteien flüchten, mit deren gemäßigter und anglicher Stimme sich ihre roten Revolutionsgedanken vereinigten. Die deutschen Sozialisten haben allein Grund zu einem Gefühl der Bitterkeit, weil sie darauf verzichtet haben, als selbständige Partei an die Wahlurnen zu treten, um die schwache Einzelstimmkraft gegen Hitler zu verlieren. Und dann mußten sie dieses Resultat sehen: Die Partei Hitlers hat sich in diesen Wahlen als die härteste und organischste politische Partei Deutschlands erwiesen.“

Das „Giornale d'Italia“ stellt ebenfalls einen Mißerfolg der Sozialdemokratie fest und schreibt: Während also die internationalen Parteien von 1930 bis heute in offenkundiger Niederlage stehen, erscheint die Partei der Braunhemden in stolzem und übermütigem Aufstieg. Sie ist die wirkliche große Mehrheitspartei in Deutschland und sie stellt überhaupt die wahre herrschende nationale Strömung dar. Die Wahlen des 12. März bezeugen für eine deutliche Etappe im Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie und demokratischen Strömungen, die aus dem Weimarer System hervorgegangen sind. Die deutschen Sozialisten haben sich in diesem entscheidenden politischen Kampf hinter den wichtigsten Schützen eines Reichshalls der parlamentarischen Demokratie gestellt, der in nicht langer Vergangenheit verurteilt hat: Sie haben darauf verzichtet, mit einem eigenen Mann und einem eigenen Pro-

gramm zu kämpfen; sie sind untergegangen in der Koalition mit dem Bürgertum, dem sie ihre Wählerstimmen vollständig abgetreten haben.“

Auch der „Povo d'Italia“ laut den persönlichen Erfolg des Reichspräsidenten Hindenburg als eine Niederlage der demokratischen und sozialistischen Ideen aus.

Der Marxismus hat in Deutschland ausgepielt. Paris, 16. März. Das nationalsozialistische Coty-Wort „Ami du Peuple“ vom 14. März bringt einen Artikel des bekannten französischen Politikwissenschaftlers Jean, in welchem die Reichspräsidentenwahl vom letzten Sonntag folgende Beurteilung enthält: „Es handelt sich um die Niederlage der Sozialdemokratie. Diese Niederlage ist klar dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sich die deutschen Sozialisten gezwungen sahen, ein „blo“ für Hindenburg zu stimmen. Gewiß haben die Sozialisten damit bewiesen, daß sie über eine nützliche Parteistellung verfügen, aber sie haben auch gleichzeitig den Beweis dafür erbracht, daß der deutsche Marxismus endgültig kapituliert hat, und daß seine Rolle ausgedient ist.“

Neue englische Dissonanzberufung.

London, 17. März. Das Direktorium der Bank von England, das erst in der vorigen Woche eine Ermächtigung des Discontofusses auf 4 v. H. beschloß, hat in seiner Donnerstag-Abendtagung eine erneute Herabsetzung des Discontofusses um 1/2 v. H. auf 3 1/2 v. H. beschlossen.

hat. Monsieur Tardieu sah die Schwäche der französischen Position und trug ihr gleich zu Beginn der Konferenz Rechnung, mit der Eingebung seines verblüffenden Vorschlages auf Internationalisierung der Ziviljustiz. In der Kommission für Luftfahrt, die als rein technische Kommission gilt, kam dieses Thema jetzt zur Sprache und es wurde der vernünftige Antrag gestellt, die Discontokommission zu ersuchen, erst im Prinzip festzustellen, ob und inwieweit man darauf eingehen solle.

Nachmittags fand die Sitzung der Discontokommission statt. Mittlerweile hatte die Regie aber gearbeitet und nur nicht geringere Überarbeitung der deutschen Delegierten präferierte Präsidenten der beiden ersten Entschließungsentwürfe, dem zufolge der Reichs Discontofuss auf 4 v. H. zu erhöhen, die Discontokommission zu ersuchen, erst im Prinzip festzustellen, ob und inwieweit man darauf eingehen solle. Nachmittags fand die Sitzung der Discontokommission statt. Mittlerweile hatte die Regie aber gearbeitet und nur nicht geringere Überarbeitung der deutschen Delegierten präferierte Präsidenten der beiden ersten Entschließungsentwürfe, dem zufolge der Reichs Discontofuss auf 4 v. H. zu erhöhen, die Discontokommission zu ersuchen, erst im Prinzip festzustellen, ob und inwieweit man darauf eingehen solle.

Ueberfall an der Bornstraße vor der Großen Strafkammer

Vor der großen Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Löwe begann heute morgen die Verhandlung über den Ueberfall an der Bornstraße, der wegen der Vorgänge in der Bornstraße verurteilt, oder entgegen dem Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen wurden. Von den Nationalsozialisten sind diesmal angeklagt die P. G. Laufen, Wilhelm Mann, Bruns, Loofer, Deder, Schütte, die in erster Instanz freigesprochen wurden. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Löwe, beiziehende Richter sind Dr. Landwehr und Dr. Oster. Die Anklage betrifft Oberleutnant Dr. Drehscher. Die nationalsozialistischen Angeklagten werden von dem RM. von Seelen und Dr. Freyhafer, der heute noch nicht anwesend ist, verteidigt, das Reichsanwalt schickte wiederum RM. Kurt Müller zur Verteidigung, da die Sache aber offensichtlich faul steht, kam zur Unterstützung RM. Schlermann aus Oldenburg. Die SA. wird von RM. Staats Müller verteidigt. Der Mordanschlag ist noch nicht ab, soll aber möglicherweise noch kommen. Als Nebenkläger sind diesmal die P. G. Laufen, Wilhelm Mann, Bruns, Deder und Schütte zugezogen. Der Eintritt in die Verhandlung wird durch Urteil die Vernehmung des Angeklagten Deder, der zur Verhandlung nicht erschienen ist, verworfen. Für ihn bleibt es aber bei der Gefängnisstrafe von zwei Jahren, eine Strafe, die für das Verbrechen, das er beging, nicht zu hoch ist. Verantwortlich wurde der P. G. Schütte.

von Deder, Langenbeck und Entelmann, die sämtlich dem Reichsanwalt angehören, in wichtiger Weise überfallen und zu misshandeln, daß er noch heute unter den Folgen zu leiden hat. Die Verhandlung wird bis in die Nacht hinein dauern. Es sollen 55 Zeugen vernommen werden, die letzten sind für kommenden Mittwoch bestellt, so daß also vor Donnerstagabend mit einem Urteil nicht zu rechnen ist.

Am heutigen, ersten Verhandlungstag wurde nach der Vernehmung des Zeugen mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen.

Bemerkte sei noch, daß die Reichsanwaltschaft Majestät und Reichstag 6 Monaten Gefängnis, die SA. Deder, Freyer, Dahn, Meyer und Bergenthal zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Der Ueberfall auf den P. G. Schütte brachte den feigen Taten des Reichsanwalts Osterhof 2 Jahre, Entelmann und Langenbeck je 1 Jahr Gefängnis.

Der Mörder des P. G. Deder, der zweifellos in den Reihen des Reichsanwalts zu suchen ist, ist auch heute noch nicht gefunden, auch in dieser Verhandlung bleibt der Mörder straflos, weil er von denen, die sich durch ihr Mitwissen zum Mörder machten, nicht verurteilt wird.

Der norwegische Dichter Hiorth Schöner gestorben.

Oslo, 17. März. Der in Skandinavien recht bekannte norwegische Schriftsteller Hiorth Schöner ist in Oslo im Alter von 45 Jahren an den Folgen einer Grippe gestorben. Er hat mehrere Gedichtsammlungen sowie viele Theaterstücke mit Erfolg veröffentlicht.

Französisches Marineflugzeug ins Meer gestürzt.

Ein Toter, vier Schwerverletzte. Paris, 17. März. Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich am Dienstagabend im Marineflughafen von Marseille. Ein großes Marineflugzeug war mit fünf Mann Besatzung aufgestiegen. Plötzlich stürzte die Maschine aus etwa 100 m Höhe senkrecht ins Meer ab. Der Führer war auf der Stelle tot, während die übrigen Insassen schwer verletzt wurden.

Kopenhagen, 17. März. 2000 Arbeitslose versuchten das Rathaus in Kopenhagen zu stürmen. Vorher hatten sie eine Verammlung abgehalten und eine Abordnung ernannt, die mit dem Bürgermeister wegen Beschäftigung der Arbeitslosenunterstützung verhandeln sollte. Der Bürgermeister wies sie aber zurück. Darauf versuchten sie das Rathaus zu stürmen. Polizei war jedoch zur Stelle und schlug mit dem Gummistock auf die Demonstranten ein. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen.

Französische Wahlmanöver in Genf

Von unferem —rt.—Mittebeiter.

Genf, 16. März. Die Wahlkonferenz tritt auf der Stelle. Trotzdem alle Kommissionen ihre Tätigkeit aufgenommen haben, kommt die Arbeit nicht vom Fleck. Noch ist nicht ein einziges von den wichtigsten Problemen durchgesprochen, ja auch nur angegangen worden. Dabei hält die Konferenz doch schon in der nächsten Woche. Es scheint, als sei ein kleines Atomatom abgeklungen worden, vor den Osterferien, die nun schon am Freitag beginnen sollen, nichts Entscheidendes in Angriff zu nehmen. Das liegt nun zweifellos in der Tatsache, daß auf Sabotage ausgehenden Franzosen, und zwar insbesondere in der deutschen Delegation zum Aufschluß auf diesen Verfehlungsmechanismus macht. Der sollte sich es nicht wissen, daß es Tardieu's Verbrechen ist, bis zu den letzten Wahlen überhaupt nichts geschehen zu lassen, was an den Kern unserer Forderungen rührt?

Wie in Genf „gearbeitet“ wird, möge nach-

Als die Kommission für Landbestimmungen an die ersten drei überfälligen Fragen herangegangen, mußte sie zu ihrer Überforderung feststellen, daß die von den Regierungen eingebrachten Vorschläge „falsch“ waren. Natürlich drückt man das sehr

viel „kühner“ aus, in der Völkerrundsprache, aber zum besseren Verständnis verbleibt schon der deutsche Ausdruck. Die Regierungen hätten sich nämlich auf Grund der ihnen übergebenen Tabellen nicht recht ausgekannt, erklärten die in militärischen Dingen ja von jeder unzuverlässigen Franzosen und ihrer engeren Freunde aus dem europäischen Osten. Man beschloß nun, der vergleichbare tabellarische Unterlagen schaffen soll, die hierauf an die Regierungen gehen und von diesen ausgefüllt werden sollen. Und dies nach siebenjähriger Vorbereitung der Vorkonferenz!

Nicht weniger embörend waren die Vorgänge in den letzten Sitzungen der Kommission für Luftfahrt. Bekanntlich hat Frankreich schon in der Vorkonferenz darauf gelegt, die deutsche Zivilfliegerei zum Konferenzthema zu machen, weil sie ihm nicht nur aus militärischen Gründen ein Dorn im Auge ist. Sein Unbehagen wird indes besänftigt werden, daß es irgendwas mit der Luftfahrt zu tun hat. Leider haben es die deutschen Regierungen in all den langen Jahren nicht verstanden, dieses nur zu durchgeführte französische Manöver zu hinterfragen, trotzdem es ihnen an genügender Unterstützung nicht ge-

meint: Die Abschaffung der Militäraviation ist doch hier das Hauptthema, und nicht die Internationalisierung der Zivil-Luftfahrt. Und Nord-Londoner Verfall es sich ziemlich energisch, eine „atomische Diskussion“ über dieses Thema zu arrangieren, die, wenn es nach dem Willen der Franzosen ginge, Monate in Anspruch nehmen würde. Noch deutlicher war der Sprecher Moskau. Die Zivilfliegerei habe sich mit tun mit der Abschaffung. Es sollte hier nicht mit den Militärflugzeugen zu beschäftigen, und nicht mit den zivilen Flugzeugen. Für die Abschaffung der ersten sei noch nichts getan worden. Überhaupt sei es merkwürdig, daß man in die Ferien gehen wolle, ohne auch nur das Geringste geleistet zu haben. Deswegen erklärte der Vertreter Moskaus, daß die Zivilfliegerei kein militärisches Problem sei, und er fragte, ob das überhaupt ein Problem wäre, das eine Kommission der Vorkonferenz lösen könne?

Nur der deutsche Sprecher, Vorkonferenz Moskau, verlegte es sich, das Ungeheuerliche dieses französischen Manövers zu brandmarken. Er beschwerte sich darüber, daß die Franzosen zu dem Entschließungsantrag zu beantragen, mit dem der französische Vorkonferenz der Zivilfliegerei zurückgeführt werden soll.

Soll das etwa heißen, daß wir auf dem Wege sind, uns mit Herrn Tardieu zu verständigen...?

Wie sie lügen

Berlin, 15. März. Die „Vossische Zeitung“ und andere Vintzblätter in Berlin und im Reich verbreiten das Ammenmärchen, demzufolge unter Pp. Dr. Goebbels in der Wahlkammer in der Reichstagskammer angeregt und der Reichstagskammer vor einem angeblich geplanten Attentat gewarnt habe. Das Attentat sollte nach diesen „Meldungen“ von Stennes- oder Otto-Strasser-Leuten ausgehen.

Dr. Goebbels stellt dazu fest, daß er ein solches phantastisches Gespräch niemals geführt hat. Ansehend ist der Staatssekretär Pander, der das Gespräch entgegengenommen haben will, einem abstrusen Scherz oder einer Mystifikation zum Opfer gefallen. Bezeichnend ist es auf jeden Fall, daß dieser Scherz sofort den Weg in die Presse fand. Nichts ist eben dumm genug, daß es nicht zur Agitation gegen die NSDAP. benutzt würde. Gegenüber weiteren Lügen erklärt der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels:

„Gegnerische Zeitungen verbreiten wieder die Lüge, daß meine Frau die Tochter eines jüdischen Kaufmanns Friedländer sei. Diese Lüge wird nicht dadurch wahr, daß man sie immer wiederholt. Ich erkläre noch einmal, daß meine Frau die Tochter des Ingenieurs Oscar Wilschel in Duisburg und selbstverständlich rein arischer Abstammung ist. Ich habe meinen Rechtsbeistand beauftragt, gegen die Verbreiter dieser Lüge, die in ihrem Verleumdungsschlag nicht einmal vor der Ehre einer wahren Klage haltmachen, mit allen gegebenen Mitteln vorgehen. Ich selbst werde es von jetzt ab nicht mehr zugeben, daß die Journalisten, die meinen guten Ruf jahrelang mit Fälschen getreten hat, nun auch meine Frau mit solchen Methoden verleumdet und der Senationsgier des Pöbels preisgibt.“

Das Drängen nach der Futterkrippe

Berlin, 15. März. Die politischen Parteien Preußens sind bereits lebhaft bei den Vorbereitungen für die Neuwahl des Preussischen Landtages am 24. April. Bei einem Teil der Parteiorganisationen dürfte der Aufmarsch nahezu beendet sein. Wahlkreisversammlungen wurden bereits von den Systemparteien abgehalten, in denen die Kandidaten für die Wahlkreise aufgestellt wurden. Wie üblich, ist es dabei häufig zu heftigen Kämpfen der Parteien untereinander gekommen, die sich um die günstigen Plätze auf den Listen stritten. Neben den größeren Parteien, die bisher im Landtag vertreten waren, werden auch wieder zahlreiche kleine Gruppen ihre Listen einreichen, so daß man mit einer ähnlich zugelassenen Vorwärtsschlacht von etwa 16 bis 20 Parteien in den einzelnen Wahlkreisen rechnen muß. Nach den bisherigen Feststellungen dürfte insgesamt nicht weniger als 3000 Kandidaten für die Preußenwahl aufgestellt werden. Bekanntlich hat die NSDAP. die Aufstellung ihrer Kandidatenlisten schon längst reibungslos vollendet.

Ein Schuldirektor schreibt Drohbriefe

Pp. Wilhelm Kube, M. d. L., hat im Preussischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Der Oberstudiendirektor Dr. Schröder in Landsberg (Warthe) vom Staatlichen Gymnasium behandelt die Jüglinge seiner Anstalt parteipolitisch. Er duldet es, daß sich die Schüler seiner Anstalt im sozialdemokratischen, demokratischen und volksparteiischen Sinne betätigen. Sobald er davon hört, daß einer der Schüler der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gesinnungsmäßig nahesteht, pflegt er den Eltern dieser Schüler massige Briefe mit Drohungen zu schreiben.“

Ich frage das Staatsministerium: „Billigt es die unterschiedliche Behandlung der Schüler durch den Oberstudiendirektor Dr. Schröder in Landsberg (Warthe)?“

Stimmungsmache ohne Ende

Neustadt, 15. März. Durch die gegenwärtige Preise geht die Nachricht, daß die NSDAP. bei den Landtagswahlen in Medienburg-Streitig starke Verluste erlitten habe. Die Zahl ihrer Wahlstimmen sei von 21.846 bei der Reichstagswahl 1930 auf 14.233 gesunken. Die erwähnte Ziffer ist falsch. Die NSDAP. ist in Medienburg-Streitig in händigen Aufstieg begriffen, bei den Wahlen des Jahres 1928 erhielt sie 1955 Stimmen mit 1 Mandat, bei der Reichstagswahl 1930 stieg die Zahl auf 12.846 und bei den jetzigen Landtagswahlen auf 14.233 mit 9 Mandaten. Die Schlussfolgerungen, die von der Systempresse an die für 1930 falsch angegebenen Zahlen der NSDAP. geknüpft wurden, sind somit hinfällig.

Juden raus? Zur Hintertür rein!

Israel Zing durch die Jüdische. Wie dem „Großdeutschen Presbyterium“ von Sachkundiger Stelle mitgeteilt wird, findet zur

Pleite der „Arbeitsbeschaffer“

Das Dilemma des Reichswirtschaftsrates.

Gerade noch rechtzeitig für die bürgerlichen Dilettanten ist wieder mal ein Ei gelegt worden, das den Stempel „Arbeitsbeschaffung“ trägt. Der Plan stammt diesmal nicht einmal aus irgendeiner hierzu berufenen Kommission, sondern dem Organ demokratischer Wirtschaftseigenen. Der sogenannte vorläufige Reichswirtschaftsrat hat sich entschlossen, auch einmal seinen Senf zu den anderen Programmen beizutragen und die Vorschläge der Gewerkschaften aufzugreifen. Eigene Geistesblitze werden wahrscheinlich auch dabei sein. Schon der Reichswirtschaftsrat, der es in seinem mehr als zehnjährigen Bestehen nur zum „vorläufigen“ gebracht hat, ist ein Kuriosum für sich. Dort sitzen die Delegierten der Interessengruppen des liberalistischen Wirtschaftssystems:

Die Einzel- und Gewerkschaftsbörsen, ehemalige Meister und Kaufleute, die es als erste Aufgabe halten, die vermeintlichen Interessen ihrer Organisation zu vertreten. Im übrigen vertritt man sich ganz gut; bildet Ausschüsse und Untergruppen, stellt die bekannten „Enquêtes“ auf, die meistens fünf Jahre zu spät kommen. Jetzt ist man wahrheitsgemäß bei der intensiven Beratung der Aufgaben der ersten Wirtschaftsstufe von 27/28 Wirtschaftsbereichen und mit Redeschreibern und Sachverständigen alles bis ins Kleinste unterleuchtet. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind selbstverständlich wertlos. Man könnte diesen Wirtschaftsrat und seine Sachverständigen mit jenen hundert Bauern vergleichen, von dem das Landvolk erzählt, daß er von dem ungeschickten Heumagen nach Haus läuft, um im Kollektiefest zu helfen, was gegen dieses unvorhergesehene Ereignis zu machen ist. — Hohe Theorie, scheinbar lehrreiche Spiegelreflexe, das ist es, was der vorläufige Wirtschaftsrat auszeichnet. Und aus diesem Grund soll nun der Stein der Weisen kommen.

Im einzelnen wird eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch Auftragsvergebung auf den Gebieten der Reichsbahn und Post, des Straßenwesens, Hochwassererschutzes, der landwirtschaftlichen Motorisation und der Milchwirtschaft und Hausparaturen vorgeschlagen. Dazu wird eine notwendige Gesamtsumme von 1 Milliarde 300 bis 1 Milliarde 800 Millionen Mark angesetzt; allerdings würde durch eine Verwirklichung dieser Pläne nur 500 bis 800.000 Erwerbslosen Beschäftigung geschaffen werden. Vergleicht man die ungeheure Summe der notwendigen Aufwendungen mit der geringen Zahl der damit in den Arbeitsprozess eingeschalteten Volksgenossen, dann steht das Urteil für dieses neue Planchen von vornherein fest. Mit großem Aufwand an öffentlichen Mitteln soll ein Tropfen auf den Stein der Weisheit und der damit verbundenen Wirtschaftskatastrophe gesossen werden, dessen Kosten letzten Endes die Allgemeinheit zu zahlen hat. Woher will man denn die Gelder nehmen: die Reichsbank soll Kredite in Form „diskontofähiger Papiere“ zur Verfügung stellen. Also der alte Plan marxistischer Wirtschaftsgroßen, dessen Folge nur eine Entwertung der deutschen Währung und eine Schwächung der Reichsbank, die ja als Alltagsgesellschaft von der inter-

nationalen Bankfinanz abhängig ist. Abgehen von einigen Meliorationsarbeiten würden ja durch diese ganze Programmleiter neue Werte geschaffen. Die primitivste Voraussetzung für die Deduktion der Reichsbankkredite — die ja zwischen 1,5 und 2 Milliarden liegen — fehlt also. Die Folgen leuchten selbst dem Leihen ein.

Doch soweit wird es gar nicht kommen; denn die bürgerlichen Unternehmen weigern sich, dies Programm anzunehmen.

weil man die Rentabilität der Pläne answandelt.

Die Reichsbahn verlangt, daß die zur Verfügung gestellten Mittel in Zins- und Amortisationspflicht zu günstig bereitgestellt werden, daß die Liquidität des privatkapitalistischen Unternehmens Reichsbahn A.-G. nicht gefährdet wird. Genau so ist es mit den anderen Plänen; der Staat hat ja in diesem liberalistischen Wirtschaftssystem keinerlei Mittelverpflichtung an den lebenswichtigsten Betrieben; er wird als Nachwächter gem. gesehen, sofern er der Allgemeinheit die Zehne auflädt. Und genau so ist es hier wieder: die durch den Wirtschaftsdilettantismus des Programms verursachten Defizite sollen durch Inanspruchnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes herausgewirtschaftet werden, damit „die Liquidität der privatkapitalistischen Unternehmen“ nicht gefährdet ist. Der deutsche Arbeiter soll also wiederum gut genug sein durch „freiwilligen Arbeitsdienst“ die Zehne zu zahlen. Dafür brüht man sich dann mit der angeblichen „Arbeitsbeschaffung“.

So trägt diese Programm des vorläufigen Reichswirtschaftsrates den Stempel des Fiascos von vornherein auf dem Gesicht. Es ist ein zweiter marxistisch-kapitalistischer Vorschlag.

die durch das gegenwärtige zwispaltige Wirtschaftssystem verhängt ist. Marxismus und Kapitalismus fühlen sich allein zu schwach und glauben durch Zusammenschließen zweier Irren einen Programm zu geben. Man fürchtet den Zusammenbruch der jahrelang befolgten Theorien und sucht auf der anderen Seite der nationalsozialistischen Auffassung Programmforderungen zu stellen, die mit den berechtigten dilettantischen Mitteln in einem auf Weltwirtschaft eingestellten System gerade ins Gegenteil schlagen. So ist es mit der Arbeitsdienstpflicht, die eine „freiwillige“ sein soll und mit manchem anderen, was die Herrschaft der liberalistischen Wirtschaftssysteme ist durch die schonten „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ nicht mehr aufzuhalten. Auch der Reichstagsrat der marxistischen Gewerkschaften wird nur Andäusler legen. Vorausgesetzt für den Neubau der deutschen Wirtschaft ist die Beteiligung des politischen Systems. Mit der Förderung der politischen Macht durch den Nationalsozialismus ist die Bahn frei für die Durchsetzung sozialistischer Regime, das die Wege der Zirkulation: Sankel Verkehr und Geldwesen in fester Sand beherzigt, wird die Wege weisen, den aus dem Erwerbsprozess und Heim vertiebenen Millionen Volksgenossen Arbeit und Brot zu schaffen.

Hans Reichenberg.

National-Registrierkassen „unbedingt die besten sein. Wir halten es für untragbar, daß ein solcher „Schwerverdächtige“ weiterhin aus ähnlichen Mitteln bezahlt wird!

Leoparden-Besitzer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Berlin, 15. März. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte den Kaufmann von Obergarden, den Besitzer des Leoparden „Ranold“, der am 29. Januar ein zweijähriges Kind durch Bindenden schwer verletzt hatte, so daß das Kind wenige Minuten später verstarb, wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung und wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung zu einem Jahr Gefängnis und 150 RM. Geldstrafe.

Frau Gandhi erneut verurteilt.

Bombay, 16. März. Frau Gandhi wurde in Baroli erneut verurteilt und zu sechs Monaten verhafteten Gefängnis verurteilt.

Deutscher Schritt wegen Memel in London

London, 16. März. Die deutsche Botschaft in London hat von der Britischen Regierung erhalten, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die erste Lage zu lenken, die durch die Ereignisse im Memelland entstanden ist. Schon am Anfang der Woche hat ein Vertreter der Botschaft deswegen im Außenamt vorgeprochen. Man erwartet nun, daß der deutsche Gesandte, Graf Bernstorff, am Donnerstag die leitenden Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit sehen wird.

Eingreifen der Unterzeichnermächte des Memelabkommens in Kowno

Genf, 16. März. Die Regierungen der vier Unterzeichnermächte des Memelabkommens, England, Frankreich, Italien und Japan, wie jetzt bekannt wird, am Dienstag den Gesandten Litauens in London davon in Kenntnis gesetzt, daß die vier Mächte die Absicht haben, in den nächsten Tagen einen gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung zu unternehmen, bei dem nachdrücklich auf die letzte Entschließung des Völkerbundesrats zur Memelfrage hingewiesen und von neuem die unbedingte Notwendigkeit der Bildung eines verfassungsmäßigen Direktoriums im Memelgebiet erklärt wird. Die vier Unterzeichnermächte machen die litauische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die eben vorgenommene Bildung des Direktoriums im Memelgebiet in keiner Weise der letzten Ratseingebung des Völkerbundes entspricht.

Vorläufiges Waffenstillstandsabkommen im Fernen Osten?

Genf, 16. März. Der von der außerordentlichen Völkerbundsversammlung eingeleitete Sonder-Ausschuß aus Vertretern von neunzehn Mächten, der den japanisch-chinesischen Streit weiter behandelt, trat am Mittwoch zu einer ersten vertraulichen Sitzung zusammen. Der japanische Botschafter Sato machte Mitteilung von einem vorläufigen Waffenstillstandsabkommen. Der nähere Inhalt dieses Abkommens lag jedoch noch nicht vor.

Die kommunistischen Führer über den SSB.

Heftige Pleite der kommunistischen Jugendorganisationen — Sie geben den Zusammenbruch selber zu.

Die Nationalsozialisten wissen, daß in unseren Reihen in weitaus größtem Maße die deutsche Jugend fehlt. Wenn überhaupt eine andere Partei den Anspruch erheben wollte, mit uns in Wettbewerb zu treten, so wäre es nur die kommunistische. Allerdings gewinnt der Kommunismus seine Leute nicht durch Idealsinn und Überzeugung für sich, sondern durch demagogische Phrasen und aufgesetzten Schwindel. Diese Taktik muß früher oder später zu einem jählichen Erwachen der unabhängigen Anhänger innerhalb der SPD. führen.

Besonders erfolgreich ist die Taktik der Demagogie bei der Jugend. Der Zeitpunkt, an dem der junge Mensch bemerkt, daß man ihn mit unklaren Kampfmethoden zu wecken sucht, tritt viel schneller ein, als bei einem älteren Menschen — Darum ist es auch zu erklären, daß die kommunistische Jugendarbeit in der letzten Zeit immer mehr und mehr zurückgeht. Beispielsweise müssen die Versammlungen der kommunistischen Jugend und Schüler zu 80 v. H. mit Erwachsenen oder mit „Antifa“ gefüllt werden!

Die Mächte der Jugend vom Kommunismus liegt mittlerweile schon anderthalb Jahre zurück. Man hat immer wieder versucht, durch „Mittelspläne“ und „Sturmpläne“ die Jugend noch einmal anzureizen und sie für den „proletarischen Freiheitskampf“ zu organisieren — doch vergebens!

Wir sind hier in der Lage, einen Auszug aus dem Rundschreiben der Bundesleitung des SSB (Kommunistischer Schülerbund II) zu veröffentlichen:

„Für das Verlangen vor allem der Gauleitungen lassen sich verschiedene Ursachen feststellen:

1. Die Leitungen haben die Sturmparade „für nicht notwendig“ erachtet und für ein bloßes „Scheinmanöver“ gehalten.

2. Die Leitungen haben die aufgestellten Ziele für „unüberwindlich“ und für „übertrieben“ erklärt, ohne ernstlich den Versuch zu machen, sie in die Praxis umzusetzen.

Dieses Verhalten muß als schärfster Opportunismus, unentfesselter Opportunismus scharfstens geißelt werden. Die Folge ist Passivität und Unlust in der Gruppenarbeit, da die Genossen des

zeit an den Berliner Strafgerichten hinter den Vorfall eine bemerke Verurteilung in der Personalbeziehung der Spruchkammer statt. Auf den ersten Blick mag man die Veränderung begrüßen. Es ist nämlich die verdächtige Beobachtung zu treffen, daß die jüdischen Richter mehr und mehr aus dem Geschichtsbild verschwinden. So findet man z. B. beim Landgericht II nur noch einen jüdischen Strafrichter; während bei III jüdische Richter nie auftraten, fand man bisher bei dem Schöffengericht Mitte und der Strafkammer beim Landgericht I zahlreiche dieser „Volksgenossen“, denen nicht selten die wichtigsten Prozesse zufließen. Im Laufe der letzten Monate sind jedoch auch diese Herren von der Bildfläche verschwunden.

Das hat seinen tieferen Grund, der bezeichnend für die derzeitige Politisierung der Justiz ist: Man will ansehend die jüdischen Richter der öffentlichen Aufmerksamkeit entziehen. Eine Befähigung dieser Vermutung liegt in der wachsenden Verjudung des Kammergerichtes. Demgegenüber sind die deutschen Richter der unerbittlichen Kritik der Presse ausgesetzt, die den objektiven Justiz in die berühmte Dreifaltigkeit ziehen. Auch ein jüdischer Richter hat sich — die Ausnahme der Regel! — die Annahme der Presse ausgesetzt, daß er bei Verurteilung eines Kammergerichtspräsidenten Tötungs verurteilt. Im Kammergerichtspräsidenten Tötungs verurteilt. Im Kammergerichtspräsidenten Tötungs verurteilt. Im Kammergerichtspräsidenten Tötungs verurteilt.

Das System weicht kamplos

Breslau, 15. März. Trotz des aus durchgeführten Gründen erfolglos Verboles der Be-

triebsrätewahl für das Jahr 1932 mußte in der Breslauer Maschinenfabrik und Eisenwerkerei Renno die Neuwahl der Angestelltenrat beschlossen werden. In der Erkenntnis der Ausschließlichkeit einer Kandidatur verurteilten die schwarzen und roten Verbände von vornherein auf die Aufstellung eigener Listen. Die Nationalsozialisten erklärten bei der Wahl sämtliche Sitze im Angestelltenrat.

Befähigungsnachweis

Braunschweig, 16. März. Der Braunschweigische Landtag, der sich zu Beginn dieses Monats bis auf weiteres vertagt, hat in seiner letzten Sitzung nach nur zweitägiger Beratung den Haushaltsplan für das Jahr 1932 verabschiedet. Die Tatsache, daß dieser regierungsseitig aufgestellte Haushaltsplan trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise ohne Defizit abgesehen, ist ein glänzender Beweis für das Können und die Sauberkeit der jetzigen nationalen Regierung, in der bekanntlich die NSDAP. führend vertreten ist. Das Ergebnis verdient in so mehr Beachtung, als die Minderheit der früheren sozialdemokratischen Regierung vor anderthalb Jahren ein geradezu erschütterndes Bild eines finanziellen Zusammenbruchs hinterlassen hatte. Der damalige Etat wies einen Fehlbetrag von sieben Millionen Reichsmark auf, dazu noch eine Vorkassenschuld von über 50 Millionen RM. (Bei einer Einnahmehöhe von wenig mehr als 500.000!) In kürzester Zeit gelang es der später arbeitenden neuen Regierung, dieses Defizit zu beseitigen, obwohl in zwischen die Reichseinkünfteerhebungen für Braunschweig um rund 5 Millionen gekürzt wurden!

Ein merkwürdiger Gutachter

Der vom preussischen Handelsminister verordneter „Wirtschaftsprüfer“ Dr. Cide empfiehlt in seinem „Spiegelgutachten“ ausschließlich ausländische Maschinen. Dabei erklärt der Herr Sachverständige, daß trotz aller Anstrengungen der deutschen Industrie die amerikanischen

Warten auf den Erfolg unserer Arbeit verlieren müssen. Aber auch dort, wo gearbeitet wurde, sind Fehler über Fehler gemacht worden.

1. Rindens wurde der Sturmpass zur Grundlage einer breiten Diskussion in der Gruppe, den Schulgruppen gemacht.

2. Rindens hat man die Aufgaben der Sturmpass übertragen auf die einzelnen Schulgruppen, um so in den gegebenen Wettbewerb zu treten.

3. Rindens hat man den Wettbewerb mit anderen Gruppen konsequent durchgeführt.

Die Bundesleitung (Reichsleitung) des NSDAP stellt also fest: der „Sturmpass“, den man als letzte Rettung für die Widergewinnung der verlorenen Schichten angesehen hatte, ist nicht nur daran gescheitert, daß die Jugend sich nicht zum zweiten Male blenden ließ, sondern, wie wir aus dem Rindensbriefen erfahren, daß selbst die Führer des Vertrauens zu ihrer Leitung verloren haben.

Was schreiben die einzelnen Bundesleitungen? Der eine Führer hält den Sturmpass „für nicht weitaus“, der zweite hält ihn für „ein höchst Scheinmanöver“, ein dritter „für unüberführbar und überflüssig“.

Reichlich zweifelhaft erscheint es, wenn die Bundesleitung hinterher feststellt, daß dieses Verhalten als „schärfster Opportunismus und unzulässiger Selbstzweifel“ gewertet werden muß. Glaubt die Bundesleitung etwa, durch die Sanftmütigkeit ungeschulten Fremden die einzelnen Bundesleitungen wieder zur Arbeit erwecken zu können?

Interessant ist es auch zu erfahren, was der NSDAP über die zuständigen Organisationen der nationalsozialistischen Jugend denkt. Er muß offen zugeben, daß seine Bundeszeitschrift, der „Sturmpass“, bei weitem nicht den rechenhaftesten Eindruck besitzt, wie ihn der nationalsozialistische „Aufmarsch“ hat.

Die nationalsozialistische Jugend ist seit jeher überzeugt gewesen, daß die kommunistische Jugend nicht im entferntesten an ihre Stützkräfte heranreicht. Aber einen derartigen Zusammenbruch und einen beträchtlichen Selbstzweifel in den kommunistischen Kreisen selbst hätten wir denn doch nicht erwartet.

Jeder Politiker würde in diesem Falle die Konsequenz aus dem Verhalten seiner Organisation ziehen, und wie der Berliner so schon sagt, „kleinen Laden zumachen“. Aber die Kommunisten verfahren es heute immer noch, das Volk durch

Eigenmeldungen über den wahren Stand ihrer Partei hinwegzutäuschen. Bei der Jugend hilft es nicht mehr, daß sich auch der kommunistische Arbeiter dieser Partei den Rücken lehnen.

Mikrophon frei für Adolf Hitler

Nationalsozialisten! Rundfunkhörer!

Die erste Wahlkraft ist erfolgreich gescheitert. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist mit 80prozentigem Stimmenumsatz als weitaus härteste Partei aus diesem Kampf hervorgegangen. Wir haben die schamlose Ausnutzung des Rundfunks im Dienste der Systempropaganda mit knirschenden Zähnen über uns ergehen lassen müssen. Nun aber muß Schluss gemacht werden!

Als sich bei der Präsidentenwahl 1925 Marx und Hindenburg gegenüberstanden, wurde beiden Kandidaten die gleiche Redezeit am Rundfunk gewährt. Auch zur Reichstagswahl 1930 durften Vertreter aller Parteien im Rundfunk sprechen. Nur uns Nationalsozialisten schloß man aus.

Adolf Hitler ist heute der Führer der größten deutschen Partei. Der Rundfunk muß endlich auch für Adolf Hitler freigegeben werden! Im Dezember 1931 haben wir den Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer erobert, und in einer gigantischen Arbeit von knapp drei Monaten

hunderttausend deutsche Hörer mobilisiert, weitere Hunderttausende werden folgen.

Heute sind wir gefährdet in den Sendehäusern, gehäht bei den Regierungen, unsere Funkworte werden vom Terror der Strafe verfolgt. Das ist der Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind und unser Ziel

erreichen werden. Aber gewisse politische Gruppen im Reichsverband versuchen immer wieder, die Arbeit der nationalsozialistischen Verbandsführung zu sabotieren. Es sind das jene politischen Kreise, die das „Führerprinzip“ dauernd im Munde führen, aber selbst erst dann weichen haben, daß sie nicht bereit sind, sich dem wirklichen Führer selbstlos im Interesse des deutschen Freiheitskampfes unterzuordnen.

Nationalsozialistische Rundfunkhörer, unsere Antwort heißt:

Alle Macht der nationalsozialistischen Verbandsführung.

damit der Kampf um den deutschen Rundfunk im nationalsozialistischen Sinne geführt wird.

Ihr als Mitglieder der Verbandsgruppe Nationalsozialisten bzw. des Reichsverbandes

Deutscher Rundfunkteilnehmer e. V. habt ihr entscheiden in der

außerordentlichen Generalmitgliederversammlung am 19. März.

nachmittags 4 Uhr, in der Boddenstraße 107, Zibinstraße 2/III.

Jedes Mitglied unserer Rundfunkorganisation, das nicht bestimmt persönlich erschienen kann, überträgt sofort seine Stimme auf dem unten abgedruckten Stimmübertragungsschein auf den nationalsozialistischen Verbandsführer, Herrn Fritz Kubillus.

Schlagt die Saboteure! Schluß mit der schwarz-roten Rundfunk-Itatue! Zerstreut die Handlanger des Systems!

Mikrophon frei für Adolf Hitler! Verbandsgruppe Nationalsozialisten im Reichsverband

Deutscher Rundfunkteilnehmer.

Schneidet und sofort einreichen an: Verbandsgruppe Nationalsozialisten, Berlin, SW 48, Wilhelmstraße 107.

Stimmübertragungsschein

Name und Beruf _____ Lfd. Nr. _____

Ich bin Mitglied des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer e. V. — der Verbandsgruppe Nationalsozialisten — und übertrage hiermit auf Grund § 12 Abs. II der Statuten, mein Stimmrecht für die nächste diesjährige Hauptmitgliederversammlung Herrn Fritz Kubillus, Berlin SW 61.

Ort, Straße und Datum _____

Eigenhändige Unterschrift _____

Stadttheater

Heute

Freitag, 20 Uhr Geschl. Vorst.
Sonnabend, 20 Uhr, 14.30 u. 2. V.
„Die schöne Helena“

Sonntag, 11 Uhr, Vorstellung für die deutsche Jugendbühne:
„Faust“

in der ursprünglichen Fassung
(Ganz kleine Preise
30 Pf. bis 2. — Mf.)
15 Uhr, 58. Nachm.-Vorstellung
„Rigoletto“

19.30 Uhr, 14. Abomm.-Vorst.
Erste Vorst. der Goethe-Woche
Mit der Musik von
L. van Beethoven
„Egmont“

Montag, 20 Uhr, Geschl. Vorst.
Dienstag, 20.30 Uhr, 14.30 u. 2. V.
Zweite Vorst. der Goethe-Woche

Gedenkrede gesprochen von
Dr. Rud. Alex. Schröder
„Iphigenie auf Tauris“

Vorverkauf täglich!

Familien-Anzeigen

Geburten:
1. E. Adolf Schirmer u. Frau Hermine, geb. Schumacher — 1. E. Kurt Beribach u. Frau Euse Beribach — 1. E. Friedr. B. Krenemann u. Frau Hanna, geb. Janßen.

Verlobte:
Alice Häfer mit Fredr. Kantsch — Margit Krenemann mit Feing. Schulz

Verstorbene:
Hans G. Lippold, 60 J. — Ida Wischer van Gaasbeek, 78 J. — Georg Schmatenberg, 37 J. — Dora Lehnhoff, geb. May, 50 J.

Oster-Geschenke für Küche und Haus

KRISTALL
PORZELLAN
KERAMIK

Beye & Fahl

DAS MODERNE FACHGESCHÄFT
Ostertorsteinweg 1, Ecke Dobben
Geöffnet 8 — 20 Uhr

Geschenkartikel

Kristall - Glas - Porzellan

Haus- und Küchengeräte

kaufen Sie preiswert und gut bei

Geschwister Luperti

D. d. Steintor 98-102, Tel. Hanja 41618

Schreibmaschinen

und wenig gebrauchte

Vervielfältigungs-Apparate

billig

Carl N. Grothe, Ansgarilorsstraße 17

Wilhelm Marquard
vor dem Steintor 20, Sparbüchse

Gerrenwäusche, Handbüchse, Kramatten
Soden usw., Damenstrümpfe, Damen-
handbüchse, Ankerkleider usw., usw.

Dachdeckungsgeschäft

Gegründet 1888
Wilh. Behme
St. Magnusstr. 56, Lele, Weser 82486

Undecken, neu Eindecken,
sämtliche Reparaturen
Reelle Ausführung und maßige Preise

Denkt an unsere S.A.-Küche!

Goethe-Woche

IM STADTTHEATER

Sonntag, den 20. März, abends 19.30 Uhr
Mit der Musik von L. van Beethoven
„Egmont“

Dienstag, den 22. März, abends 20.30 Uhr
Gedenkrede: Dr. Rud. Alex. Schröder, hierauf:
„Iphigenie auf Tauris“

Mittwoch, den 23. März, abends 20 Uhr
In der ursprünglichen Fassung:
„Faust“

Donnerstag, den 24. März, abends 19.30 Uhr
Gastspiel Heinz. George, Berlin
„Götz von Berlichingen“

Sonder-Abonnements zu bedeutend ermäßigten Preisen:
(RM. 1.00 — 13. — für alle 4 Vorstellungen zusammen) gelangen nur noch heute zur Ausgabe

Donnerstag beginnt der Verkauf für die einzelnen Vorstellungen, täglich von 10.30 bis 13.30 Uhr und 17.30 bis 19.30 Uhr an der Spektakelasse.

Betten

gut u. preiswert
Kirchhoff
Ostertorstr. 72

Zimmer- und Tischlerarbeiten

Neubauten, Aufstockung, und sämtl. Reparaturen übernimmt
E. Tabbert
Inselstr. 48, part.

Zu verkaufen

Gut erhaltenes
Doppelkajak
mit Segel u. sämtl. Zubeh. sportb. abzug Beschd. Sonnabend, 19.3.4.5 Uhr. Segely. Wümmen, Abt. Monte. Anm. erw. G. B., Brahmstr. 12

Gedt die B N B weiter!

Unterstützt den kleinen Handwerker
Speisezimmer von 260 M an
komp. Schlafzimmer 275 M, echte Schlafzimmer 425 M.
2 bessere Küchen sportbillig
Tischlerei
St. Magnusstr. 53

Frischen

Privat-Handelsschule
Bredenstr. 14 - Eintritt täglich

Handwerker suchen Arbeit!

Und wundern sich über schlechten Geschäftsgang. Vergessen aber, es unseren Lesern mitzuteilen, daß sie da sind.

Insertiert in der BNZ

Oder scheuen Sie die kleine Aufgabe für eine Anzeige. Reklame ist nicht teuer! Es braucht nicht immer ein Riesen-Inserat zu sein.

Unsere Pg. und Leser suchen Handwerker!

Malerarbeiten
sauber und billig
Eichholz, Wers. 95

Stellengesuche

Lehrstelle
für meinen Sohn, 16 J., alt, z. 1. 4. 32 in Spedition, Import oder Export. Derselbe ist sehr aufgeweckt u. besitzt höhere Schulbildung. War bereits 1 Jahr im Geschäft des Vaters tätig.
Ang. u. P 325 b.V.

Zu verkaufen

Nagelneuer blauer Kammgarnanzug
freilich auf Seide.
Gr. 48, schlank für 80. — in Zahl. gen. für 50. — zu verk.
Ang. u. Qu 326 b.V.

Verkaufte od. verk. gut erh. Schafstiefel Nr. 39 gegen Nr. 43 od. Lederamaschen
Ang. u. O 324 b.V.

Metropol-Theater

An Wochentagen: 3 1/2, 6 und 8 1/2 Uhr

Eine reizende Tonfilmkomödie ein rechter Sorgenbrecher!

Max Hansen, Martha Eggerth, Albert Paullig, Paul Morgan in:

Der Frauendiplomat

Die heiteren Skandalgeschichten des Fürsten von Windischberg

Außerdem:

Anlässlich des hundertsten Todestages v. Johann Wolfgang v. Goethe
Der erste Teil des

Goethe-Gedenkfilms

Der Werdegang (1742 — 1788)
Eine Schilderung von Goethes Leben u. Werken bis zur Beendigung seiner Italienreise.

Aus Bremen Stadt und Staat

Warum sie nicht Hitler wählten

Da der Nationalsozialismus im ersten Wahlgang eine gewaltige Niederlage erlitten hat, wie die Bremer Nachrichten und alle anderen „objektiven“ Zeitungen berichten, dürfte es doch ratsam sein, einmal nachvollziehend die Gründe zu prüfen, weshalb so mancher „ehrliche Bremer“ und andere menschliche Wesen, die die Objektivität und Aufrichtigkeit mit Eifer im Gedächtnis haben, Hitler unmöglich wählen konnten.

Ich habe mir deshalb die Mühe gemacht, einige der wesentlichen Punkte festzulegen:

1. Hitlers Schnurbarkeit macht es unmöglich, ihn zu wählen. Ließe Herr Hitler sich diesen abnehmen, dann könnte ihn mancher Bremer wählen und manche Volksparteilerin wäre enttäuscht.

2. Hitler muß sich eine andere Dackelfurc entlegen. Hätte er eine Krümel wie Hindenburg, so wäre er ein hervorragender Staatsmann.

3. Hitler muß sich schnellstens prüfen, ob er nicht doch aus einer Bremer Kaufmannsfamilie kommt. Könnte Hitler diesen Nachweis erbringen, so würde er von allen Bremer Spielern gewählt.

4. Hitler muß noch vor dem 2. Wahlgang seinen Dackelfurc (Hinterlassenschaft) erwerben. Dadurch würde er sofort der Kandidat aller verfallenen Zettelstücken und ein würdiger Kollege mancher deutscher Geistesgrößen (Dr. h. c. Eversing, Dr. Stresemann uvm.).

5. Hitler muß sich seinen „brutalen“ Gesichtsausdruck abgewöhnen, so wünschen es einige Staatsparteiliche Mäxchen.

6. Hitler muß sich einen „energischeren“ Gesichtsausdruck aneignen, sein geradezu unmühtiges Gesicht macht ihn als Politiker unmöglich.

7. Hitler muß mit sofortiger Wirkung sein Programm aufgeben und aus dem Hindenburgwähler-Wirrwarr eine gigantische neue auf-nationalsozialistische-liberalistische-monarchistische-republikanische deutsche Weltbürgergenossenschaft zu seinem Ideal bilden.

Vorgenannte übergeordnet zusammenfassende Punkte sind wirklich aus verschiedenen Hindenburgwählerkreisen als Gründe gegen Hitler ausgeschrieben worden. Und so etwas heißt Hindenburg!

Darf man von einem jüdischen Arzt abraten?

Wir führten vor kurzem in einem unserer Artikel ein Urteil an, das von grundgeborener Bedeutung ist. Die betreffende Frage ist jetzt von der höchsten Instanz gleichsam entschieden worden, wie gewisse beachtliche Fälle wegen seiner ungewissen Wichtigkeit an der Hand von Unterlagen nochmals auf:

Ein deutscher Arzt, Dr. Dr. Dr. in Hamburg, hatte einer Patientin von dem jüdischen Gynäkologen Professor Rosenfeld abgeraten. Die Folge war eine Klage Rosenfelds, die in letzter Instanz vor dem höchsten ärztlichen Gerichtshof in Hamburg zum Austrag kam.

Dr. Dr. Dr. hat rechtfertigte sein Verhalten folgendermaßen: Um die kranke Seele eines Menschen erfolgreich behandeln zu können, mußte der Kranke in einem Arzt kommen, der ihm gleichzeitig ist. Ein Jude könne ein guter Mediziner sein, für den deutschen Menschen werde er jedoch nie Arzt im oben berührten Sinne sein können. Es würde ihm, dem Befragten, niemals einfallen, einem jüdischen Patienten einen deutschen Arzt zu empfehlen, und ungeachtet natürlich ebensowenig, weil eben die Rassenverfälschung vor allem einfindenden Bedeutung hat. Der Jude gehört zum Judentum, der Deutsche aber auch nur zum Deutschen.

Das Urteil des Wertgerichtes lautete auf Freispruch unseres Parteigenossen.

Es fügte sich auf das Gutachten des Arztes für innere und Verordnungen Dr. Holzmann, Vizepräsident der Hamburger Bürgergesellschaft, der die Wichtigkeit unseres Parteigenossen unterstrich und das Beispiel Bismarcks zitierte, der von Schwemmer sagte: „Meine früheren Ärzte habe ich behandelt, er behandelt mich.“ Eine solche innere Verantwortung ist nur bei Mitleid und Mitleidsverantwortung denkbar. Doch auch feilsche Eigenschaften, ebenso wie körperliche auf Vererbung beruhen, das ferner noch der Jesuiten-Vater, Prof. Dr. Mudernmann, Abteilungsleiter für Eugenik am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin, ausgegeben. Der Arzt muß gleichzeitig Körper und Seele betrachten, um den Heilerfolg zu erzielen. Das kann nur der Arzt, der den Erbhang gleiche oder

„Feder“-Geld als Vorstufe des Kommunismus?

Am 12. März, einen Tag vor der Reichspräsidentenwahl, brachten die „Bremer Nachrichten“ aus der Feder von Herrn Theodor Conradt einen Artikel unter vortrefflicher Überschrift. Der Schluß des Artikels lautete: „Was hat die Hitler-Bewegung hierauf zu antworten?“ Es ist selbstverständlich, daß gegen diesen Artikel sofort Stellung genommen wurde, so daß die Antwort am Wahlsonntagmorgen in den „Bremer Nachrichten“ erschienen konnte. Die „Bremer Nachrichten“ haben so häufig das Wort Mitleidlichkeit in dem verfluchten Wahlkampf in den Mund genommen, aber wahrheitsgemäß hat man die Antwort auf den fraglichen Artikel unterlassen, um bei der Gefährdung den Eindruck zu erwecken, daß wir Nationalsozialisten auf die ganz primitive Auslegung des Artikelschreibers nichts zu sagen hätten. Wir lassen den Artikel, den wir den „Bremer Nachrichten“ einsandten, hier nunmehr folgen:

Die Identifizierung der „Federegeldtheorie“ mit dem Kommunismus ist eine ganz neue Lesart, die wohl nur durch die Reichspräsidentenwahl gegeben ist. Von objektiven Beurteilern kann diese Auffassung niemals ernst genommen werden, weil der Aufbau der kommunistischen Wirtschaft von rein materialistischen Gesichtspunkten erfolgt und infolgedessen planmäßig gebunden ist, während die nationalsozialistische Wirtschaftsform eine der Eigenart des Volksganges rechnungstragende, organische Gliederung erfährt. Der traffe Gegensatz ist für jeden Wirtschaftler ohne weiteres erkennbar und somit ist es ein Übel, einen Teil des nationalsozialistischen Programms aus dem Zusammenhang herauszureißen. Die Grundidee des nationalsozialistischen Wirtschaftens besteht darin, daß die Wirtschaft der Bevölkerung der Bedürfnisse des Volkes zu dienen hat und nicht dem einzelnen zur Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit. Daraus ergibt sich auch die Stellung des Nationalsozialismus zum Geld. Die Machtstellung des Geldes, die die Wirtschaft der Welt immer wieder der Katastrophe preisgibt, muß in die ihr gebührenden Schranken zurückgewiesen werden, nämlich Dienerei der Wirtschaft zu sein. — Niemand wird behaupten wollen, daß die bisherige liberalistische Wirtschaftsauffassung kommunistisch orientiert gewesen ist. Nach den Worten des Herrn Conradt müßte dieses aber der Fall sein, weil sie auch nichts anderes darstellt als eine Tauschwirtschaft; denn es unterliegt gar keinem Zweifel, daß jeder Geldvergießung stets eine Warenvergießung zugrunde liegt (also Tauschhandel); wenn nicht gerade eine Schenkung stattfindet oder Reparationen bezahlt werden. Jeder Mensch weiß heute, wie nahe uns diese Reparationszahlungen (ohne Gegenleistungen) an den Abgrund gebracht haben, weil nämlich die Geheße der Wirtschaft hierbei unbeachtet blieben. Es bedeutet eine mangelhafte Kenntnis wirtschaftlicher Vorgänge, wenn behauptet wird, daß mit der nationalsozialistischen Geldtheorie „jegliche Bereicherung für das Privatkapital fortfällt.“ Hier wird ganz offenbar Geld und Kapital

absichtlich oder unabsichtlich verwechselt. Geld soll lediglich als Bindeglied oder Mittler der Wirtschaft dienen, sei es zum Austausch von Gütern oder zur Vermittlung zwischen Arbeit und Verleumdung. Die feierliche Auffassung einer schrankenlosen Profitwirtschaft hat dazu geführt, daß das Geld zum Hinderungsgrund für die Arbeitsbeschaffung bzw. Verleumdung (Kapital) wurde. Geld erfüllt nur dann seinen Zweck, wenn es sich in genügendem Maße in den Händen der Konsumenten befindet, um die Wirtschaft anzukurbeln. Dieses geschieht durch ausreichende Arbeitsbeschaffung. Wir wissen, daß man an mangelhaften Stellen vielfach auf dem Standpunkt steht, daß Arbeit Geld kostet; aber wir Nationalsozialisten sind uns darüber im Klaren, daß Arbeit Werte schafft und deshalb niemals die Beschaffung der Geldmittel als Mittler zwischen Arbeit und Verleumdung ein Hinderungsgrund für die Verwirklichung dieser im Volksinteresse liegenden Arbeiten sein dürfte. Hat man die Idee wahrer Volkswirtschaft richtig erfährt, nämlich Bedürfnisdeckung des Volkes, so kommt man zwangsläufig zu der Folgerung, daß eine Volkswirtschaft bei richtiger Organisation unter Gesichtspunkten, die das Gesamtwohl des Volkes im Auge haben, nur dann eine ungünstige Konjunktur zeigen dürfte, wenn die Bedürfnisse des Volkes voll und ganz befriedigt waren. Heute aber haben wir das Kuriosum vor uns, daß die Bedürfnisse der Völker der ganzen Erde mehr oder weniger nicht befriedigt sind und es den Volkswirtschaften trotzdem äußerst schlecht geht.

Die Erzeugung derjenigen Gegenstände des täglichen Lebens, die zu den menschlichen Bedürfnissen gehören, erfolgt bekanntlich allein durch Arbeit und infolgedessen ist es absolut möglich, die Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen, wenn die Arbeitslosen wieder Arbeit erhalten. Der augenblickliche Hinderungsgrund ist allein die egoistischen Zielen dienende kapitalistische Wirtschaftsauffassung. Ist dieses Geldbilden beseitigt, so wird sich die Wirtschaft von selbst den natürlichen Bedürfnissen anpassen. Aus diesen Erwägungen heraus und den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, die offensichtlich einen groben Fehler in der Wirtschaftsauffassung bezeugen, muß es verstandlich sein, daß der Nationalsozialismus Wege beschreitet, die das Geld wieder zum wirklichen Diener der Wirtschaft macht. Doch wird dieserhalb von dem internationalen Leihkapital auf das heftigste angegriffen werden und zwar zum Teil in äußerst unglücklicher Form, in eine Selbstverständlichkeit, weil nämlich mit der Durchführung der nationalsozialistischen Geldtheorie dem internationalen Leihkapital die bisherigen Betätigungsmöglichkeiten genommen werden. Dieses wird sich sehr bald gegenstandslos zum Vorteil der gesamten Nation auswirken. —

Dieses ist die Antwort, die Herr Theodor Conradt in seinem Artikel vom 12. d. Mts. in den „Bremer Nachrichten“ von der Hitler-Bewegung verlangte. T. u. l.

läufige Körper- und Seelenbeschaffenheit erworben hat, nur der Rassenkunde. Dieses Hamburger Urteil und die es stützenden Gutachten sind nicht nur für das ärztliche Standesleben von größter Bedeutung. Sie stellen die juristische und wissenschaftliche Begründung der nationalsozialistischen Forderung dar.

Grundversteuerebefreiung für Kriegsopter. Von der Entrichtung der Grundversteuerebefreiung

sind Kriegsopterbefreiung und Kriegsopterbefreiung gemäß § 21 des Grundversteueregesetzes befreit, wenn der Einheitswert des erworbenen Grundstückes den 15fachen Betrag der gewöhnlichen Kapitalabfindung nach dem Kriegsopterbefreiungsgesetz nicht übersteigt. Die Befreiung von der Grundversteuerebefreiung war jedoch bisher immer von der vorherigen Gewährung der Kapitalabfindung nach dem Kriegsopterbefreiungsgesetz (Kapitalabfindung eines Teils der Kriegsopterrente) abhängig. Da die Kapitalabfindung in der letzten Zeit wegen Mangels an Mitteln verweigert wurde, konnte der Kriegsopterbefreiung und Kriegsopterbefreiung von der Grundversteuerebefreiung keine Befreiung erlangen. Der Reichsverband Deutscher Kriegsopterbefreiung und Kriegsopterbefreiung hat nun in Eingaben an das Reichsfinanzministerium und Reichsfinanzministerium auf diese unrichtige Befreiung der Kriegsopterbefreiung hingewiesen. Der Reichsfinanzminister hat sich die Ansicht des Reichsverbandes Deutscher Kriegsopterbefreiung und Kriegsopterbefreiung zu eigen gemacht und mit Gesetz Nr. 1932 S. 40593-303 angeordnet, daß die Befreiung der Kriegsopterbefreiung und Kriegsopterbefreiung von der Grundversteuerebefreiung auch dann erfolgen soll, wenn die Verweigerung der Kapitalabfindung lediglich auf den Mangel an Geldmitteln zurückzuführen ist.

Kriegsopterbefreiung und ihre Wirksamkeit.

Uns liegt der Gedanke vor der Ohrläute, die Gewalt über uns hat, nach tief im Blut. Wir wollen deshalb diese Befreiung eines verbotenen Wertes bringen, weil auch unsere Befreiung verboten würde und wir uns nicht selbst gefesselt der preislichen Jüdisch ausliefern wollen. Wir begreifen uns deshalb, zu dem Verbot des 2. Bandes der „Gesetzten Jüdisch“ (J. R. Lehmann Verlag, München) durch die preuss. Regierung zu beneiden; Jarnow kann durch sein Verbot mehr unterdrückt werden. Er ist durch die Verfolgungen, die ihm der erste Band der „Gesetzten Jüdisch“ eingebracht hat, zum Fanatiker geworden, dessen Rechtegefühl durch nichts unterdrückt werden kann und der nicht mehr von dem Wege abzubringen ist, den ihm sein nationales Bewußtsein und seine besondere Verfassung, die er gegenüber dem deutschen Volk auf sich selbst, vorbrachte. Nach der preussischen Regierungsmarine steht die Staatsraison über der richtigen Unabhängigkeit. Nach der Marine Jarnows steht die Zukunft Deutschlands über dem politischen Verstand der derzeitigen Machthaber. Wie der Bauernführer Klaus Heim lieber auf das schließende Reichstagsmandat verzichtete als die über ihn verhängte lebenslange Zuchthausstrafe mit den Worten antwortete: „Gibst du Zuchthaus als in den deutschen Reichstag“, so wird auch Jarnow trotz aller Verfolgungen nicht aufhören, anzufahren, bis er den Reichstagsstand in Preußen-Deutschland wieder hergestellt sieht. Und wir werden ihn in diesem Komplex unterführen, solange wir das vermögen. Denn wir haben erlebt, wozu uns das gut gemeinte und aus gutem Gemüßen erfolgte Verbot des 2. Bandes „Jena oder Sedan“ geführt hat: nach Verleumdung, wozu uns das aus diesem Gemüßen und im Interesse einiger Parteifunktionäre erlassene Verbot des zweiten Bandes der „Gesetzten Jüdisch“ führen?

Aktion Section West! Heute Abend findet der letzte Vortrag unseres Dr. Dr. von Hoff über Kaffernfragen statt. Alle Teilnehmer dieses Schulungslehrganges werden gebeten, sich heute abend pünktlich um 20.30 Uhr im Restaurant Siemer, Dürrenstraße 46 einzufinden.

Und deutscher Mädeln in der S. J. Heute, Freitag, 20.30 Uhr, Heimabend für alle Mädel in der Breitenstr. 16. Das Erscheinen aller Mädel ist Pflicht.

Veranstaltung: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwörtlich für den redaktionellen Teil: Hansford von Scharf; für den Anzeigenenteil: Dr. Rappens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Notationsdruck: Weber-Druckerei Bremen.

Von heute auf morgen

16. Fortsetzung Ein Roman aus unserer Bewegung

Auf den Tag freue ich mich für Sie mit, an dem dieses oder ein ähnliches was Sie erleben wird. Dann wird es nicht lange dauern, bis Sie wohlbehaltene Gutsberin sind, unumwundelte Herrscherin in einem neuen, kleinen Reich, aber eine Herrscherin immerhin, nach der alle Junggeheulen des Regierungsbereiches lange Hälse machen werden.

Und wie immer da, wo Licht ist, auch Schatten zu sein pflegt, so werden Sie über Ihrem dann von Sonne und Totenrang erfüllten Tag die schönen Tage von Kronjag, frisch: Braumischweiz allüberall begegnen und das Andenken an einen gewissen Versteurer zu den anderen beglückten Reminiscenzen in die Traue gelegt haben.

Sie haben auf dem Hof doch so eine alte Traue, nicht wahr? Wie Sie einmal die Rechte der Bauernfrauen erleben wollen, so rats ich Ihnen: nehmen Sie sich den Hof Jungmüde zur Hand. Das ist einer mit einer gottbegnadeten Märchenfeder. Ich kenne alle seine Bücher, und eins ist mir immer lieber als das andere. Ein toller Kerl! Ein Mensch, an den die Zahlen und der Hof und der Hof nicht herantrifft, sondern durch alles hindurchgeht und sich nie schmückt. Der den Krieg in seiner ganzen rauhen Größe zu schildern, nein, zu gestalten versteht, und der einer Bauerntraue, einer alten Standuhr, einem Kinderpießzeug die nährlichsten und

schönsten Märchen ablaßt. Ein Dichter deutscher Innerlichkeit! Ich werde mir die Freude machen, Ihnen einige seiner Bücher zu schicken. Für die Winterabende. Damit Sie nicht immer bloß Strömische kochen, nützen und ausbleiben müssen! Eine künftige Dergogin von Schleswig-Holstein meermuschelungen!

So, und nun sagen Sie, ob ich nicht ein netter Kerl bin! Alles, was hier mein Dasein ausmacht, habe ich Ihnen treu und brav aufgeschrieben, und es ist mir selber merkwürdig leicht und wohl dabei geworden.

Möge dieser närrische Brief ein freundliches Echo werden! Es ist mein Ernst, wenn ich sage, daß ich mich nach einem Wort von Ihnen sehne, und daß Ihre angenehme Gegenwart mir fehlt. Füllen Sie die Lücke in meinem Dasein aus! Schreiben Sie mir alles was Sie freut und was Sie nicht freut. Und seien Sie versichert, daß mir Ihr Wohlgefallen nicht weniger am Herzen liegt als mein eigenes.

In herzlichster Verehrung Ihr Otto von der Heide.

Im Foyer des Staatstheaters stieß Otto von der Heide mit Camille Pichon zusammen. In der Begleitung Richons erkannte er den Freund Sonjas, den Rufen aus dem „Kempinski“. Richon stellte vor: „Herr Wladimir Kapanoff!“

Man wuschelte ein paar belanglose Redensarten. Der Rufe hatte einen unangenehm stehenden Blick. Die Augen lagen tief in dunkel umrandeten Höhlen. In dem hageren Gesicht traten die Wadenknochen übermäßig stark hervor, und die Ohren standen weit ab.

Wie aus einem Roman von Dostojewski entsprungen, ging es Otto durch den Kopf. Ich würde mich gernschicken wundern, wenn er einen epileptischen Anfall bekäme...

Die Unterhaltung, an der sich übrigens der Rufe nicht beteiligte, war halb zu Ende. Die Glocke schriele. Camille Pichon drückte Otto verbindlich die Hand. Wladimir Kapanoff verbeugte sich fleißig.

Otto fand vor einem neuen Rätsel. Wie kam Pichon an den Rufen? Welche gemeinsamen Interessen mochten hier im Spiel sein? War es eine zufällige Bekanntschaft, oder gab es da tiefere Zusammenhänge, Hintergründe, die man nur abhellen konnte?

Bei dem nächsten Tag Erkundigungen über Pichon einzuziehen.

Bei einem Kollegen vom Lokalanzeiger erfuhr er Folgendes:

Pichon war nicht mehr für den Pariser „Kadell“ tätig. Vor etwa einem Jahr hatte er das Aktienpaket einer Chemie A.G. für wenig Geld erworben und war heute ein vermögender Herr mit arbeitslosen, aber auskömmlichen Bezügen.

Politisch, meinte der Kollege, scheine er sich nicht zu betätigen. Er liehe vielmehr im Verdacht, ein leidenschaftlicher Spieler zu sein.

Die Auskunft fand Otto reichlich uninteressant.

Pichon ein Spieler, der Rufe bezüglichen — der Rufe eine kein anderen in der Kreisel da schloß sich politische Momente vollständig aus. Am Spiel tisch wird keine Politik gemacht.

Otto war um eine Enttäuschung reicher.

Mehrere Tage vergingen, ohne daß sich Reminiscenzen ereignet hätte. Schon stand er im Begriff, der Aufforderung eines Freundes folgend, für kurze Zeit nach München zu fahren, da erreichte ihn ein Brief von Lydia.

Er öffnete und las:

Sehr geehrter Herr von der Heide! In Eile gebe ich Ihnen Nachricht, daß ich Sonja gerade im Verdacht habe. Ich kann Ihnen das nicht schreiben, aber ich lege Ihnen hier einen Zettel bei, den ich in unserer Wohnung gefunden habe und der die Geschichte Sonjas trägt. Der Inhalt hat alles. Ich verhebe jetzt, warum Sie mich neulich über Sonja ausstrahlten. Sie kam Ihnen wohl von Anfang an verdächtig vor. Vater ist auch der Ansicht, daß wir vorsichtig sein sollten. Er möchte nicht haben, daß die Sache an die große Glocke gehängt wird, aber er wird Sonja einmitleiden mitteilen, daß sie nicht mehr zu kommen braucht. Schließlich wird man auch nichts als eine schlimme Sache verurteilt und dann natürlich dafür. Vater läßt Sie bitten, doch bald mal zu uns heranzukommen. Er ist sehr in Unruhe.

Mit Gruß Ihre Lydia Sch.

Fortsetzung folgt

Die künftige Bevölkerung Bremens ist seit geraumer Zeit um das Schicksal des Bremer Stadtvermögens besorgt gewesen, denn der Bremer Staat war durch die allgemein schlechte Finanzlage nicht mehr in der Lage, den bisher größten Aufschwung auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Deshalb hat die Bürgerschaft, welche der Stadt das Vertrauen schenkt, die städtische Ordnung und für das Stadtvermögen übergeben. Während sich diese wiederum mit der Finanzdeputation in Verbindung gesetzt hat. Jetzt endlich, nachdem bereits man Monate in Ungewissheit über die zukünftige Gehaltung des Stadtvermögens geschwiegt hat, ist die Angelegenheit nun in einer Entscheidung angekommen. Inzwischen waren es 3 Fragen, die geworfen werden mußten:

des Vorfalls noch einige weitere Preis-, Lohn- und Gagenfestsetzungen eingetreten sind, wird es möglich sein, überhauptfalls bei größter Sparwirtschaft und allseitiger Einschränkung mit rund 500 000 RM. Zufußlos auszukommen. Dieser Betrag würde für das Rechnungsjahr 1932 auch bei Einführung einer 8 monatigen Spielzeit noch erforderlich sein, denn die Erprobnisse die durch eine monatige Spielzeit eintreten, könnten sich erst im dem Rechnungsjahr 1933 auswirken. Im Rechnungsjahr würde sich der Zufußlos des Stadttheaters bei Aufrechterhaltung von Oper, Operette und Schauspiel und einer 8 monatigen Spielzeit auf 1,5 Millionen belaufen.

Die Finanzdeputation hat sich auf Grund des Erntes der Finanzlage dahin entschieden, daß die Dauer der Spielzeit auf acht Monate eingeschränkt werden müsse und ein Zuschuß nur in diesem Rahmen möglich sei. Der Senat tritt der Finanzdeputation bei.

Das Dunkel, das bisher über dem Weiterbestehen des Bremer Stadttheaters lag, ist also noch nicht gänzlich geklärt und man wird weiterhin abwarten müssen, wie sich die Dinge entwickeln.

Die „Bremer Volkszeitung“, deren intellektuelle Überheblichkeit an den Vorfällen des 9. November in Bremen, mit dem unter Parteinagerei SA-Mann Decker erfochten wurde, ausdrücklich im Urteil des heiligen Gerichts festgestellt ist, bringt in ihrer geliebten Ausgabe wiederum eine Serie von aneinandergereihten Unwahrheiten, Verleumdungen und Fälschungen zu der heute morgen um 10 Uhr stattenden Verhandlung in dem Bremer-Prozess. Die Ausführungen der Bremer Volkszeitung sind also, das muß voranzigeführt werden, offensichtlich dazu bestimmt, das Gericht inbitt zu beeinflussen. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit, besonders gegen die unehrenbaren Fälschungen, wehren, die jedes Mal unsern Angeklagten, dem heiligen Gericht, in die Augen ins Gesichtsmantel der Freigier, macht. Insbesondere aber dem „Rasionalisten“ vorgeworfen, daß er „vom Scheitel bis zur Sohle ein Antisemitismus eingestrichelt ist“ (wer ist das heute nicht?), und in der ersten Verhandlung einen rüden Ton nationalsozialistischer Verleumdungen angeschlagen habe. Das Gericht wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Angeklagten, die wir heute vor uns haben, jeden Versuch freierheit in keine zu ersticken. Wir weisen an Hand von Unterlagen darauf hin, daß es während der ganzen Verhandlung im Dezember zu keinem Zusammenstoß zwischen dem Gericht und unserm Parteinagerei Freigier gekommen ist, sondern er lediglich geizig war, sich gegen die ungläubigen Angriffe der Presse zu wehren. Er hat sich nicht gegen das SA-Geiz, Rosenfeld, zu wehren. Es liegt also auf diesem durchaus bei der Gegenseite, mit welcher schändlichen Schärfe wir uns wehren werden. Es liegt also auf diesem durchaus bei der Gegenseite, mit welcher schändlichen Schärfe wir uns wehren werden. Weiteremzusetzt ist jedoch, daß die Angeklagten, die wir heute vor uns haben, jeden Versuch freierheit in keine zu ersticken. Rosenfeld, der hier in Bremen ein wehr nicht als peinlichen Eindring hinterlassen hat, als Parteiführer einzulegen.

Braunschweig, 14. März. Heute morgen begann vor dem Großen Schöffengericht in Braunschweig der von uns bereits angefordigte Prozeß gegen einen 30 Jahre alten Direktor der Hefenwarenfabrik Strube, einen Zweigniederlassung des Aus- und-Verkaufs-Kongresses, Dr. Gustav Teitzge. Nach Verlesung der umfangreichen Anklageschrift trat man in die Vernehmung des Angeklagten ein. Ihm ist gleich vorweg zu nehmen: Es handelt sich in dieser Verhandlung gegen Dr. Teitzge lediglich um eine Frage?

10 Zentner gefalzten Speck, der einen widerlichen und ranzigen Geruch gehabt hat und zu Wurst verarbeitet worden ist. Weiter ist die Rede von 24 Kühen, rund 20 Zentner Schlachtabfälle und Zerkelatswurst, von der der Darin abgezogen war und die zu Zauerschen Würstchen verarbeitet werden sollten.

Bei der Beschlagnahme wurde festgestellt, daß die Wurst teilweise mit Maden durchsetzt war und daß auch Madengänge von oben nach unten in solchen Wurststücken vorhanden waren. Die Wurst hatte einen sauren Geschmack und soll beim Durchbrechen in allen „Regenbogenfarben“ geschildert haben. Auch der Sped mußte wegen seiner Unverwertbarkeit beamtet werden.

welchen Bedingungen fragte, im vorigen „aber nicht in den Winkeln herumtrod“. Dieser Chemiker setzte sich natürlich dafür ein, daß die beschlagnahmten Waren und Sped für menschliche Zwecke einwandfrei (!) waren.

Wie aber in diesem Betriebe gearbeitet wurde, offenbarte ein dort früher beschäftigt gewesener Betriebsleiter, durch dessen Angaben Zeitzge sehr befestet wurde. Danach sind Zeitzge alle jene Zustände bekannt gewesen. Zeitzge hat diesem Angeklagten sogar gesagt, als dieser immer wieder

wegen der schlechten Beschaffenheit der Ware vorstellig wurde,
daß es kein Kunstflid sei, gute Sachen zu verarbeiten, dazu hätte man keinen Betriebsleiter nötig.

Der Betriebsleiter forderte die Meister mehrfach auf, die ihnen zugeteiltten schlechten Waren nicht zu verarbeiten, er wurde aber wegen dieser „Auftragselei“ auf die Strasse gesetzt.

Dieser Zeuge sprach von
einer Ladung Schinken, die aus Gütersloh ge-
kommen und zum Theil mit Maden durchsezt
waren.

Die aber trotzdem zur Verarbeitung gekommen
sind, nachdem die Stützen mit Mäden entfernt
worden waren. 200 Zentner Schwarten, die aus
Berlin gekommen waren, waren alt und „gallig“
und für menschliche Zwecke unbrauchbar, auch
bombierte Rüßchen und 200 Zentner Sped, der
schon nahezu zwei Jahre lang im Keller gelagert
hatte, wurden im Betriebe erneut verarbeitet oder
weiterverhandelt.

Wurftabschnitte, Schwarten, Fett und die äußerste alte Schlagschwarte wurden zu Fleisch für kauerische Würstchen durchgedreht. Selbst Brust mit Felle wurde auf diese Weise zu Jauerchen. Fleisch, das schmierig war, kam einige Tage in die Küßhäuser, um dann als einwandfreies Fleisch verarbeitet zu werden.

Aus diesen Quellen also stammt das Material,
das im Großwarenhause Karstadt verkauft wird.

Die hiesige Staatsanwaltschaft aber fragen wir, ob sie sich weiterhin gewillt ist, sich die Annahme der Volkseigenschaft gefallen zu lassen. Es ist ein laienhaftes Zeichen von Schwäche, daß die hiesige Staatsanwaltschaft es nicht für nötig erachtet, ihre Mitglieder in Schutz zu nehmen. Es gibt für jeden Richter wohl keine größere Beleidigung, als daß der Rechtsbeugung zu bezichtigen. Das aber ist auf die Volkseigenschaft seit Monaten ungehört tun. Die MZ. hätte ein hoher Senat schon längst verurteilt.

Wir können es uns im übrigen ersparen, auf die „sachlichen“ Ausführungen des sozialdemokratischen Parteiorgans im allgemeinen einzugehen.

Eine Erklärung des Norddeutschen Lloyd und der Sapag. Die Verwaltungen des Norddeutschen Lloyd und der Sapag teilen uns mit: „Die verschiedenen, durch die Presse bereiteten, sich zum eigl. widerpersönlichen Mittheilungen über die Lage der deutschen Reederei und die schwebenden Verhandlungen mit Reichsstellen und Banken besessenen Combinationen, denen zuerst noch sehr viele, die sich als „Gefahrthum“ und die Gefahr mehren, und die Defensivität ihre zu führen. Die Verwaltungen bitten daher, diese Verfassungskritiken aufstreichend zu werten. Es werden noch Ausfluß der Verhandlungen die Defensivität über das Ergebnis verrichten.“

[illegible]

Die Abteilung Beamte der Weißblechritter
at bekanntlich eine Denunziantenfiliale beim

SPD-Parteivorstand errichtet, von der die be-
nannten Genossen aufgefordert werden, ihre
Stimmen nach deren politischer Einstellung zu
verteilen. Das ist die marxistische Praxis der
demokratischen Bestimmung des Artikels der
Weimarer Verfassung. Gerecht diesem Demu-
tigantentum hebt das geliebte Zentralblatt
die Reichs- und Landesbehörden gegen natio-
nalsouveräne Beamte. So bringt der „Vor-
wärts“ eine angebliche Äußerung unter dem
Kernwort: Eine Frage an die SPD“ folgende
charakteristische Denunziation an:

50 kg 4,50,—, Eifischl 50 kg 4,50,—50,00, Wirsing
 50 kg 4,50,—10, Rohkohl 4,50,—6, Mörsen abge-
 waschen 2,25—3,75, Rüben 6—9, do. echte 12—15,
 Kohlrüben 2,75—4, Rote Rüben 3—4, Rettich
 Dresdener Schock 4—8, do. Bayerische 5—9,
 Radessener Dresdener Schockbl. 5—6, Meerrettich
 50 kg 35—45, Sellerie 12—18, Porree je n. Größe
 Schock 1,50—2,50, Salat Dresdener Treibhaus-
 50 kg Kopf 2,—, Champignons Treibhaus 50 kg
 1,50,—, Zwiebel je Größe 1,50,—2,50,—
 Milch. Die Milchpreisuntererkommision hat
 heute die Preise für Milch, die nach Berlin für
 die Zeit vom 18. bis 24. März zur Lieferung
 gelangt, je Liter für Berlin wie folgt festgesetzt:
 für A-Milch auf Grund der Festsetzung des Ober-
 präsidenten der Provinz Brandenburg und von
 der Provinzregierung für ungekühlte B-Milch
 0,74,—, für C-Milch 0,72,—, für sterilisierte B-
 0,74,—, Rpf. die A-Milchkontingente ist zu diesem
 auf 74% des A-Milchkontingents der einzelnen
 Lieferstellen festgesetzt.

Im Programm war dieses Mal nur fremden
komponirten Musik gegeben, und zwar Franzosen
von der Renaissance bis zur Gegenwart. Der
Orchesterleitung wurde der Abend mit
Balletmusik, modernen Klavier- und Gesan-
gen, „Mimica Simbata“ und „Mimica Schen-
ta“ anvertraut. Der erste Theil der Abende
wurden zum ersten Male aufgeführt, jedoch
auch das Or. „Der die Schwärze seiner Sache
liebt, pflegt zu schreien; darum machen gewisse
oberne Komponisten so viel Lärm.“ sagte Otto
erst einmal, und wenn dieser „Lärm“ sich in
reinen Dissonanzen äußert, die fast körperliche
Anschauungen schaffen, dann kann man weder von
Takt noch von Kultur reden. „Das ist häss-
lich.“

[illegible]

und vorzeitiges Altern, ihre Vorboten und Begleiterscheinungen wie: Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvermögens, Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch

Radium-Tropin mit Radium-Emanation
126 Uran-Einheiten

Wie stark dieses Leiden verbreitet ist, geht aus der Tatsache hervor, daß beinahe 22 Prozent aller Todesfälle diese Erkrankung für sich in Anspruch nimmt. **Radium-Tropfen** sind von ersten Autoritäten geprüft und für absolut einwandfrei befunden worden, verhindern die weitere Ansetzung von Kalkmassen, lösen die alten und stört nur deren Auslösung. Verminderung des Blutdruckes, Verhinderung von Schlaganfällen und die Erhaltung der Arterienkräfte. Bei keiner Erkrankung ist es aber wichtiger, rechtzeitig einzugreifen bzw. bei Zeiten vorzubeugen, wie gerade bei Arterienverkalkung.

Fragen Sie Ihren Arzt!
Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Verzögerung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimmittel, die Bestandteile sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 7.—.

MARNO LE MOULT, G. m.

Lassen Sie uns Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen!
Unsere Tropin-Doppelkur hat noch nie versagt!

Eine Freudenbotschaft fällt alle, die an Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Muskel-, Kopfschmerzen usw. leiden! Gesundheit und Kraft wird Ihnen besoten, Ihnen sind allen, die an erschwollenen Gliedern und Gelenken, an alten Schmerzen und all den anderen Leiden, welche Sie quälen, die Hilfe gegeben!

Unsere Doppelkraft ist die einzige, vollständige und dauerhafte Heilung und Sie noch nie versagt!

Geben Sie die Heilmung meist an, wie wohl sie wohl, daß es in einem Leidenden sehr schwer ist, daran zu glauben, daß Sie sich von einem Leiden, welches Sie so sehr quält, wieder erlösen und von den schrecklichen Schmerzen, die Sie zu ertragen haben, befreien können!

Haben Sie Vertrauen zu uns, auch Sie werden wieder gesund.

Garantie-Kuren! Den vollen Betrag erhalten Sie zurück, falls Sie nach Verbrauch der vollen Kur nicht von Ihrem Leiden gänzlich befreit sind. **Garantieschein** für die von uns bezogenen Präparate liegt jeder Sendung bei.

schienen Sie nicht die kleine Aufgabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. **Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie?** Unsere Doppelkur ist nicht schmerzhaft und enthält keine Gift. Keine Leber- oder Nierenkur! **Preis RM. 6,50** gegen Nachnahme, bei Vorreinsendung des Betrages. Sendung frei. Der Versand der Präparate erfolgt durch eine Apotheke. — Ärzte- und Gutachten liegen jeder Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers.

1., Magdeburg, Breiter Weg 160-62 (37)

Der Ausgleich im preussischen Haushalt nur durch eine scharfe Ausgabenbeschränkung oder aber durch einen Abban der Ausgaben und politischen Verwaltung geschehen müssen. Wenn Staat und Gemeinden nicht wissen, wie sie finanziell zurecht kommen, so ist es dem verarmten Volke gegenüber die erste Pflicht, vor allem die überflüssigen Ausgaben für die reinen Parteiangelegenheiten abzubauen. Wenn die Empörung auch nur ein Millionen Mark beträgt, maßgebend auf sehr viel höher sein wird, so ist auch die Summe der finanziellen Verluste nicht zu verachten. Dem Bauern und Handwerker zumuten, von seinem fargen Einkommen

Die deutsche Frau

Um den Geburtenrückgang

Mutter, Modenpuppe oder Sportgirl?

Mit einer wahrhaft satanischen Freude stellen dieser Tage einige Pariser Boulevardblätter fest, daß die Geburtenziffer des Deutschen Reiches im Jahre 1930 zum erstenmal unter die Frankreichs herabgeunken sei. Während nämlich in Deutschland 1929 noch 17,9 Geborene auf je 1000 Einwohner fielen, ist diese Ziffer jetzt auf 17,5 gefallen, in Frankreich dagegen nahmen die Geburten von 17,7 auf 18,1 zu.

Wenn wir trotzdem in Deutschland im Jahre 1929 noch einen Geburtenüberschuß von 5,3 auf je 1000 Einwohner verzeichnen konnten, so verdanken wir diese Tatsache lediglich den Fortschritten auf gesundheitslichem Gebiet. Mit anderen Worten gesagt, der ärztlichen Kunst ist es gelungen, die Lebensdauer der Deutschen wesentlich zu erhöhen. Daß Frankreich 1929 einen Geburtenüberschuß von 0,3 je 1000 Einwohner verzeichnen mußte, ist lediglich eine Folge des dort noch weniger entwickelten Gesundheitswesens. In Elsaß-Lothringen macht sich der Einfluß der einstigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich noch dadurch bemerkbar, daß der Geburtenüberschuß 1929 dem der deutschen Stammländer vollkommen gleich war. Mit der zunehmenden Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse in Frankreich und der immer fortschreitenden Senkung der deutschen Geburtenziffer, liegt der Tag nicht mehr fern, da die Differenz für den weitausgehenden in jeder Beziehung besser lauten werden als für uns. Dort kann der Tag nicht ausbleiben, an dem der Lieblingsgedanke des Deutschen Reiches Clemenceau verwirklicht, an dem es Tatsache wird, daß die zwanzig Millionen Deutschen, die „zuviel auf der Welt sind“, gar nicht mehr existieren.

Es ist wohl der Mühe wert, zu fragen, welcher Umstand die Schuld am stetigen Sinken unserer Geburtenziffer trägt. Beginnen wir mit dem Grunde, dessen Auswirkung wir heute alle am eigenen Leibe verspüren, mit der Not der Zeit. Manche Familie wünscht sich nichts sehnlicher als Kinder, einen ganz natürlichen Wunsch, da ja die Erhaltung der Art der eigentliche Zweck des Daseins ist. Doch in vielen Familien, in denen früher dem Nachwuchs ohne jede Sorge entgegengekehrt werden konnte, beschwört er heute die größten Sorgen heraus. Verantwortungsgefühl und auch oft Egoismus, Angst, daß durch das Erscheinen des neuen Erbenbürgers der Brotlohn höher gehängt werden könnte, bestimmen die finkenden Geburtenziffern in härtestem Maße. Eine wesentliche Erhöhung des deutschen Lebensstandards würde ein Heraufschmelzen dieser Ziffer mit sich führen.

Eine ebenso große Rolle spielt aber auch ein psychologisches Moment. Niemand wird bestreiten können, daß die Moral eines großen Teiles unserer Volksangehörigen ebenfalls gesunken ist. Vielen Eltern ist das Kind nicht

mehr Inhalt ihres Lebens, nicht mehr das höchste Glück. Und zwar aus verschiedenen Gründen. Vor allem deshalb, weil viele Frauen zu bequem geworden sind, um Kinder und alle mit ihnen verbundene Arbeit noch als Segen empfinden zu können. Hier spielt auch die im letzten Jahrzehnt gesteigerte Lust nach Vergnügen eine große Rolle. Was soll man denn mit einem Kinde, das auch abends betreut werden will und die Eltern am Ausgehen, an Vergnügungen hindert? Man will doch heute sein Leben genießen. Diese Art von deutschen Frauen ist auf dem Standpunkt angelangt, den das debakelnde Franzosentum schon vor fünfzig Jahren einnahm und der in dem bekannten Wort zum Ausdruck kam:

„Madame ne veut pas d'enfants.“ Die Gnädige will keine Kinder.

Ein anderes Moment, auf das bisher leider nicht genügend geachtet wird, ist der von gewisser Seite aus geführte systematische Minierkrieg gegen die einstige Idealgestalt der deutschen Frau und Mutter. Illustrierte Blätter, die sich vornehmlich in fremdsprachigen Händen befinden, überschwenken uns förmlich mit Photographien und Zeichnungen des heutigen und europäischen Frauentyps, der aus dem Ausland zu uns herüberkam. Ohne daß sie es offen sagen, aber doch mit ebenso großer Wirklichkeit, wissen solche Blätter der deutschen Frau einzutreiben, es sei höchst erstrebenswert, einmal ebenso zu werden wie diese zum Mut-

tertum untauglichen blasierten und hohlköpfigen Weisen, die so schön Zigaretten zu rauchen und Cocktails hinunterzutippen verstehen. So wird das deutsche Muttertum systematisch bekämpft, weil in ihm der deutsche Mensch am besten zu treffen ist.

Zum Schluß wäre noch von der Rolle zu sprechen, die auch der Sport im Kampf gegen eine höhere Geburtenziffer bekleidet. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten wollen, daß Sport, in mäßigen Grenzen betrieben, auch dem weiblichen Körper von Nutzen ist. Doch die Uebertreibung, die Rekordhalserei, die typisch für unsere Zeit sind, kann nur schaden. Muß nicht von einer wahren Sportmanie gesprochen werden, wenn die Vorhänge eines Damenclubvereins stark angegriffen wurde, weil sie die Erlaubnis zu einem Betrüberrn gegen Männer verweigerte? Dabei begründete sie ihre Haltung mit dem Motiv, das schließlich genug hätte sein sollen: „Ich will nicht, daß unsere Mädchen durch Uebertreibung im ausichtslosen Kampf gegen den ganz anders gebauten Mann einst auf das Mutterglück verzichten müssen.“

Wenn unser Volk gefunden und aus dem gegenwärtigen Chaos wieder aufsteigen soll, so brauchen wir vor allen Dingen auch gesunde Frauen, die einmütig Mutter eines neuen Geschlechtes werden können, Frauen, die sich ihrer wahren Lebensbestimmung bewußt sind. Ernst Herbert Petri.

„Genierst Du Dich

denn garnicht?“

Mutter und Tochter

„Genierst Du Dich denn gar nicht?“ die Frage klang ein wenig unvermittelt in das nachmittägliche Schweigen des Zimmers. Aus der Ecke, wo die Kleinen spielten, drang hier und da ein halbblaues Wort, flatterte ein Lachen auf.

„Genieren“ — hastig wandte sich die junge Frau um. Sie stand am Spiegel, wo sie ihrem Gesicht jene sorgfältige „Bearbeitung“ angedeihen ließ, die nun einmal unzerstörlich vom Begriff der modernen Frau zu sein scheint.

„Warum soll ich mich genieren, wenn ich mich ein wenig „zurechtmache“? Tiefer neigte Mutter, die im Lehnstuhl am Fenster stridte, den grauen Kopf: „Ich meine nur, wo doch die Kinder dabei sind...“ klang es zögernd.

„Die Kinder! Aber ich bitte Dich, Mutter, was geht denn die Kinder meine Toilettenangelegenheiten an!“ verwunderte sich die Tochter. „So etwas sehen Kinder doch nicht und wenn schon, was ist denn dabei? Ist es denn ein Unrecht, mit der Zeit zu gehen?“

„In vernünftiger Weise muß jeder Mensch mit seiner Zeit gehen“, meinte die Mutter ruhig, „denn sonst geht die Zeit über ihn hinweg. Das aber soll nicht etwa heißen, daß nun jeder an den Auswüchsen der jeweiligen Modifikation teilnehmen soll, liebes Kind!“

„Aber ich bitte Dich, Mama, so machen es doch alle heute, wo man so viel auf Neueres gibt...“

„Leider“, unterbrach sie die Mutter, „diese

Ueberschätzung der Neuheitlichkeiten muß ja auf Kosten innerer Werte gehen!“

„Was soll denn ein bißchen Puder und Schminke! Schaden! Die sind doch weiter nicht schlimm!“ Aber Mutter war nicht so leicht aus dem Felde zu schlagen. Denn sie besaß etwas, das man „Prinzipien“ und „Weltanschauung“ nennt.

„Puder und Schminke und all das Nebrige“, meinte sie ernst, „sind doch nur Begleitererscheinungen einer Lebensauffassung, die rein materialistisch eingestellt, in Diesseits alle Lebensprobleme zu lösen versucht. Glaubst Du wirklich, daß die Hand, die so sicher Puderquaste und Lippenstift zu brauchen versteht, überhaupt noch die innigste Gebärde des Menschseins kennt! Und dann vergiß nicht, welches Eindring die Oberflächlichkeit auf das Kind machen. Spielt doch bei jeder Erziehung das Beispiel, im guten oder bösen Sinne die Hauptrolle. Wie aber soll das Kind, das täglich bei der Mutter all die vielen kleinen Eitelkeiten beobachtet (Du ahnst ja nicht, wie scharf Beobachter zwei Kinder ausfinden), anders als selbst eitel und oberflächlich werden? Besonders die kleinen Mädchen! Ist es denn notwendig, daß solch ein winziges Ding bereits mit all dem modischen Drum und Dran vertraut wird? Ja, vielleicht gar den Zeitpunkt herbeiführt, wo man es der Mama in puncto Eitelkeit gleichsam würd!“

Während dieser Unterhaltung hatten die beiden Frauen nicht gemerkt, wie sich Annie, die Fünfjährige, leise neben die Mutter geschoßen. Jetzt benutzte sie den Augenblick, wo sich die Mutter zur Großmutter umwandte, — ein Griff nach der Puderquaste, ein zweiter nach dem Lippenstift und dann begann Annie es zu machen „genau wie die Mama“. Aus dem Spiegel aber guckte ein grotesk bemaltes Kindergesicht: rot belupft und weiß bestäubt! Als beide das Kind bemerkten, stand es da als lebende Illustration von Großmutter Mordt!

„Siehst Du nun...“ murmelte Großmutter. Märgelnd wollte die Mutter die Kleine auf die vorwärtigen Fingerchen schlagen. Sanft aber nahm Großmutter das Kind auf den Schoß und begann mit dem Schwamm die ganze dumme Malerei abzuwischen.

„So was mußt Du nicht tun!“ mahnte sie liebevoll. Doch Annie-Minnie verteidigte sich: „Aber die Mama tuts doch auch...“

Da verstummten die beiden Frauen. Was hätten sie auch sagen sollen? Die junge Frau aber nahm den Schwamm, tauchte ihn in Wasser und fing an, ihr Gesicht energisch zu bearbeiten, sie Schminke und Puder restlos verschwunden.

„Siehst Du, Annie, die Mama tuts auch nicht mehr!“ lachte sie das verärgerte Kind an, während ein natürliches Rot tief ihre Wangen färbte. Großmutter aber sagte nichts. Großmutter freute sich....

J. Adams.

Einsame Betten

Es ist Tag geworden! Gestern noch glaubte ich nicht daran. Als wir abends nach Haus kamen, war alles so finstern und schredlich. Am Schlafweg, der von den Bergen hinunter ins Tal führt, fielen wir Nacht. Die Dächer der Dörfer schimmerten durch die Stämme der Tannen und ein Uhu schrie, daß wir zusammenfahren.

Man hatte bereits von dem Unglück gehört. Sechs, sieben Männer mit Laternen in der Hand kamen uns ein Stück Wegs entgegen. Ich erkannte den alten Sepp unter ihnen. Sein Bart schien beinahe noch weißer und länger als sonst. Er wollte mir das Tragende der Reisigbähre aus der Hand nehmen. Ich schüttelte den Kopf. Später war es recht, daß er neben mir ging. Wenig nur wurde gesprochen. Selbst der Blick, den der eine auf den anderen hatte, verlor sich im Schweigen des Waldes.

Ich war froh, daß keiner fragte, wie es gelaufen konnte.

Fast wäre ich hingefallen, wenn nicht mein Vordermann mich gerade gewarnt hätte. So drehte ich mich um und sah eine der vielen freilegenden Baumwurzeln, über die ich gestolpert war.

In den Häusern von Nimes standen die Einwohner hinter den Vorhängen oder in dunklen Stuben und betrachteten mit neugierigen Gesichtern den projektionsschattigen Zug, bis er ihren Augen entwand. Vor der Wohnung verabschiedeten sich die Männer. Aus der Höhe kam Licht. Das Bett im Schlafzimmer war schon aufgeschlagen. Zug legte sie hinein. In breiten Strömen floß das Haar über ihr bleiches Gesicht. —

Wie lange mochte ich so gefesselt haben? Langsam hell wird es draußen. Im Osten

steht ein matter Streifen Rot. Von Minute zu Minute wächst er. Gleich wird sich die Sonne aus ihm lösen. — Sie hat den Tagesanfang so geliebt! — Ich wage mich nicht umzublicken. Stärker und stärker werden die Strahlen. Schon fallen sie über meine Schultern ins Zimmer hinein. Es wäre nutzlos sich dagegen zu wehren. Noch ist alles still im Haus. Karl-Theodor fällt mir ein. Der arme Junge, ich weiß nicht einmal, wo er geblieben ist. Da geschieht es ihm! Verflucht nehme ich einige der kleinen Anemonen, die an der Brust der Toten weilen, und schleife hinaus.

Die Haustür knarrt. Einen Augenblick lausche ich, ob es jemand gehört hat. An meinen Stiefeln klebt der Dreck von fernem. Mir macht es nichts. Von der Laube her dringt ein Schluchzen an mein Ohr. Ganz leise trete ich auf, damit ich ihn nicht erschrecke. Sein Kopf ist abgewandt an den Esen gelehnt. Dann sieht er mich lümmelvoll an, während die Tränen unaufhörlich fließen.

Wie soll ich den Jungen trösten? Ihm verraten, daß auch mir Edith mehr war, als alles in der Welt, und daß ich jetzt einsamer und ratloser bin, als er?

Wir wollen sie besuchen. — Karl-Theodor hat eine Klasthmobahnlinie geerbt. Die ist kaum geöffnet und Paul perlt an ihren Relaisblättern. Er legt sie so, daß sie die böse Wunde verdeckt. „Edith!“ Die Sonne hüllt durch den Raum und verflärt für einen Augenblick das blaße Totenantlitz.

Nun ist auch das vorüber! Zuerst polterten die Schollen auf den Garg. Zuerst polterten sie in mein armes, mildes Herz. — Am anderen Morgen in aller Frühe ließ ich mich einmal dort gewesen. Hohe, schweigende Tannen besaßen den Ort, wo sie ruht. Vom Zug aus nahmen wir Abschied von den Bergen, die uns das Liebste genommen haben. Karl-Theodor sitzt in sich verfunken mit gegenüber in seiner Ecke des Abteils. Vielleicht

fürchtet auch er sich vor dem zuhause. Schon von weitem grüßen die Kirchturmspitzen der Stadt. Je näher wir ihr kommen, desto ruhiger werde ich. Der Zug läuft ein. Schreiende und lärmende Menschen drängen sich an ihm entlang. Wie fremd uns das alles geworden ist!

In der Straßenbahn trafen wir einen Kollegen, Dr. H., ein lieber Mensch. Er wußte erst nicht recht, ob es angebracht sei zu grüßen. Dann drückte er uns die Hand und fügte zu mir gewandt hinzu: „Sie kommen morgen?“

Edith ist es das Beste, wenn ich ins Geschäft gehe. Man hat sonst so viel Zeit zum Nachdenken. —

Sie hat sich nichts verändert. Doch, der kleine Buchhalter, von dem man sagt, daß er schwindelhaftig sei, hat sich eine Waise mitgebracht aus buntem Ton. Die schmeckt er täglich mit frischen Blumen. Die anderen lachen über ihn, nennen ihn einen „verweichlichten Kerl“. Aber er macht sich nichts daraus. Wenn sie es einmal gar zu schlimm mit ihm treiben, hat er ein feines Lächeln, das sie verlegen macht. —

Mittags gehe ich nicht nach Haus. Karl-Theodor ist in der Stadt. Eine flumme Uebereinkunft herrscht zwischen uns. Vor einigen Tagen bildete ich zufällig in sein Schlafzimmer, da die Tür offenstand. Er bat mich einzutreten. Ueber dem Bett hing Ediths Bild. Ja, das war sie, schlant und blond. Ein stummer Blick flehte mich an, als ob er sagen wollte: „Jetzt nicht!“ Da habe ich mich umgedreht und das Zimmer verlassen, denn ich fühlte, daß die Tränen nimmer lang ausbleiben würden.

Die Tage werden länger. Ein Aufenthalt im Freien ist kein Genuß mehr. In einmütigen Abschieden flücht der Regen hernieder. Der Wind treibt einen Blätterwald vor sich her. Es ist Zeit, da man sich auf geheizte Räume freut. Im Wohnzimmer brennt der Kamin. Ein freudvolles Gesicht, zusehender, er scheint am Scheit verschlingt. Er ist aus

ein treuer Genosse. Seine Anwesenheit zieht ungewollt in den Mann einen angenehmen Vertraulichkeit. So sitzen wir oft, Karl-Theodor und ich, nahe beieinander und doch sind unsere Gedanken weit fort, als wollten sie gewaltsam dem Raufeliegenden entfliehen. Bald kommt die Zeit, wo mein junger Freund mich verlassen wird. —

Zwanzig Kerzen und ein Lebenslicht! Eigentlich hat es mich gewundert, daß er Carmen gegeben hat, zu bleiben. Ja, habe Muße, sie zu betrachten. Ein paar strichförmige Brauen begrenzten die hohe Stirn. Die Nase zeigt einen gradlinigen Schwung und seine Linien führen hinab zu dem untermüht aufgeworfenen Mund, der irgendwo stets zu lächeln scheint, wenn sie spricht. Es ist spät geworden. Als die Uhr zwölf schlägt, erhebt sie sich und erklärt, daß es Zeit sei, zu gehen. Karl-Theodor will sie nach Hause bringen. Bis zur Haustür geleite ich die beiden und schaue ihnen nach.

„... mich friert und der Tee ist kalt geworden. Ich stehe auf und gehe, das ist viermal nach zwei!“ Ich bin durch ein Geräusch aufgewacht. Nichts, jetzt wird die Zeit langsam ins Schloß gedrückt. „Ach so, Du bist es!“ „Ja, ich habe mich verpalet.“ „Du hättest ins Bett gehen sollen.“ „Ich war so müde und bin eingeschlafen.“ — „Meinst Du nicht auch, Rolf, daß die Weltlichkeit hat mit Edith?“ Die Frage überflutet mich, denn ich habe keinen Augenblick darüber nachgedacht und doch sage ich: „Raim sein...“ „Nein, es ist so!“ Der Mann ist gebrochen. Die kleinsten Erlebnisse und Epochen erzählt er, an denen die Tote beteiligt gewesen sein soll. Plötzlich bricht er ab, wie einer, der beim Stehlen erfaßt ist. Ich fühle, wie sein Gesicht rot wird: „Du bist mir doch nicht böse?“

Auf der Treppe briden wir uns noch einmal die Hand. Dann geht jeder in sein Zimmer. Lange liege ich wach. Die Säbne tränen. Ein neuer Tag liegt heraus.